KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT
2017

2015
2016
2017
2018
2019

Österreichischer Gemeindebund

Der „Kommunale Zukunftsbericht“ ist eine Publikation des Österreichischen Gemeindebundes, die jährlich erscheint.

Er ist ein offener publizistischer Think-Tank, in dem Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen über Zukunftsfragen für Gemeinden nachdenken. Kontroversielle Meinungen und Beiträge sind dabei erwünscht, nicht jeder Beitrag entspricht der Meinung oder Position des Österreichischen Gemeindebundes.

Dieser Bericht hat eine Auflage von rund 6.000 Exemplaren. Er ergeht an alle Bürgermeister/innen sowie zahlreiche Meinungsträger/innen und –bildner/innen in unserem Land.

Titelbild: Stefan JankoMaaS – Online Marketing GmbH
Hietzinger Kai 191-193; 1130 Wien
office@maas.at
www.maas.at

Alfred Riedl **Gleiche Chancen**
Helmut Mödlhammer **Gleichwertige Bedingungen** 3

Zukunft Europa
Walter Leiss **nur mit starken Kommunen** 11

Von Mellau
Conny Bischofberger **ins Padàries** 21

Parallelwelt Dorf - Interview
Juliane Fischer **mit Nicholas Ofczarek & Tamara Metelka** 27

Warum regionale Wirtschaftskreisläufe
Johannes Gutmann **die Zukunft sind** 39

Wie die Politik
Andreas Haitzer **mich fast kaputt gemacht hätte** 49

Als Gemeindepolitiker/in auf Facebook
Lisa Stadler **Chancen und Tücken** 55

Zuhören und dann reden
Werner Beninger **Wie Kommunalpolitiker kommunizieren sollten** 63

Wie Gemeinden
Martina Steiner **für Jugendliche attraktiver werden** 69

Was Sie über Österreichs
Gemeinden wissen müssen 77

Der Österreichische
Gemeindebund 79

GLEICHE CHANCEN
GLEICHWERTIGE BEDINGUNGEN

Jedes Mal, wenn wir die Schlagzeile „Das Land stirbt“ lesen, gibt uns das einen Stich ins Herz. Das Land stirbt und die Städte wachsen. Diesen Befund hört und liest man immer öfter. In der öffentlichen Wahrnehmung gewinnen die Probleme des ländlichen Raums immerhin an Aufmerksamkeit. Das ist gut, weil es Voraussetzung dafür ist, dass sich die politischen Eliten mit diesem Thema befassen müssen. Und es ist gleichzeitig auch schlecht, weil der Befund per se nicht erfreulich ist. Doch gibt es überhaupt einen Weg, einen weltweiten Trend umzukehren?

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Und sie sind so gravierend, dass man ein vorstellbares Bild erzeugen kann, um sie Ihnen vor Augen zu führen. Die Bundeshauptstadt Wien wächst um 50.000 Menschen pro Jahr. Das entspricht der Bevölkerungszahl von St. Pölten. Das aber jedes Jahr. Für die anderen großen Ballungsräume in Österreich, vorwiegend für die Städte Linz und Graz und deren Umgebungsräume, gilt das Gleiche, auch sie wachsen überdurchschnittlich. Diese Entwicklung wird natürlich nicht nur für die betroffenen Städte zum Problem, denn deren Infrastruktur muss mitwachsen. Deren Wohnungsmarkt müsste auch mitwachsen, das tut er aber nicht. Die Folgen sind Überlastung und Überforderung, wohin man schaut. Verkehrsinfrastrukturen geraten an ihre Grenzen, egal ob öffentlicher oder Autoverkehr. Die Wohnungspreise steigen Jahr für Jahr, für eine durchschnittliche Familie ist der Erwerb von Eigentum in einer Großstadt inzwischen illusorisch geworden, selbst in Haushalten mit zwei Verdienern. Der Mietmarkt explodiert, weil deutlich weniger Wohnungen pro Jahr errichtet werden als man bräuchte.

Für die Gemeinden außerhalb dieser Ballungsräume wird diese Entwicklung freilich – wenn auch auf völlig andere Weise – ebenfalls zur Bedrohung. Die Zahlen sprechen hier eine eindeutige Sprache: Ein Drittel der heimischen Gemeinden wächst, ein Drittel stagniert, ein Drittel verliert laufend an Bevölkerung. Jedes Jahr ein bisschen mehr. Um das erste Drittel muss man sich wenig sorgen, das sind Gemeinden in sogenannten „Gunstlagen“, also in naher Entfernung zu Ballungsräumen, Verkehrswegen oder Wirtschaftszentren. Für das stagnierende Drittel und natürlich vorwiegend auch für das Drittel der Gemeinden mit Abwanderung führt diese demographische Entwicklung zu existentiell relevanten Problemen. Gleich bleibende oder sinkende Bevölkerungszahlen heißen: Sinkende Einnahmen bei gleich bleibenden Infrastrukturkosten. Die finanzielle Belastung für diese Gemeinden wird höher. Oder sie verlieren Infrastruktur. Schulen sperren zu, Betriebe wandern ab, Straßen können kaum noch saniert werden.

Es ist nicht das erste Mal, dass wir Gemeindevertreter auf diese Probleme hinweisen. Es ist auch

Helmut Mödlhammer
ehemaliger Präsident
Österreichischer Gemeindebund

nicht das erste Mal, dass die Bundes- und Landespolitiker sagen: „Wir haben verstanden und werden etwas dagegen unternehmen“. Und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass wir davor warnen, was man riskiert, wenn man die ländlichen Räume aufgibt und die Zukunft nur in städtischen Gebieten sieht und sucht.

Doch eines hat sich verändert: Die Diskussion ist breiter geworden. Dafür gibt es viele Gründe. Ein maßgeblicher ist: Letztes Jahr ist den etablierten Parteien eindrucksvoll vor Augen geführt worden, dass die Vernachlässigung ländlicher Räume auch sehr spürbare Auswirkungen auf Wahlresultate haben kann. Wer erinnert sich nicht an die visualisierte Österreich-Karte, auf der sehr deutlich zu sehen war: Wer den ländlichen Raum vernachlässigt oder vergisst, der muss damit rechnen, dass Populisten dort einen Boden vorfinden, auf dem ihre Saat leichter aufgeht. Das ist nicht allein ein österreichisches Phänomen, die jüngsten Ergebnisse in der Türkei oder Frankreich belegen ähnliche Entwicklungen. Überall dort, wo Menschen das Gefühl bekommen, dass sie mit ihren alltäglichen Sorgen und Bedürfnissen von der Politik im Stich gelassen werden, erfolgen Reaktionen sehr unmittelbar am Wahltag.

Doch was können wir nun tun, um diese Entwicklung einzudämmen oder mittelfristig sogar umzukehren?

Eine mögliche Antwort darauf liegt in der Betrachtung einiger Jahrzehnte im Rückblick. In den Jahren nach dem Krieg, vor allem auch in den darauf folgenden Jahren der Blüte und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Bis weit in die 80er Jahre hinein gab es einen politischen Grundkonsens und dieser hieß: Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land in wesentlichen Lebensbereichen vergleichbare und tatsächlich gleichwertige Lebensbedingungen vorfinden. Diesem Ziel galten viele Anstrengungen in einem sehr hohen Ausmaß.

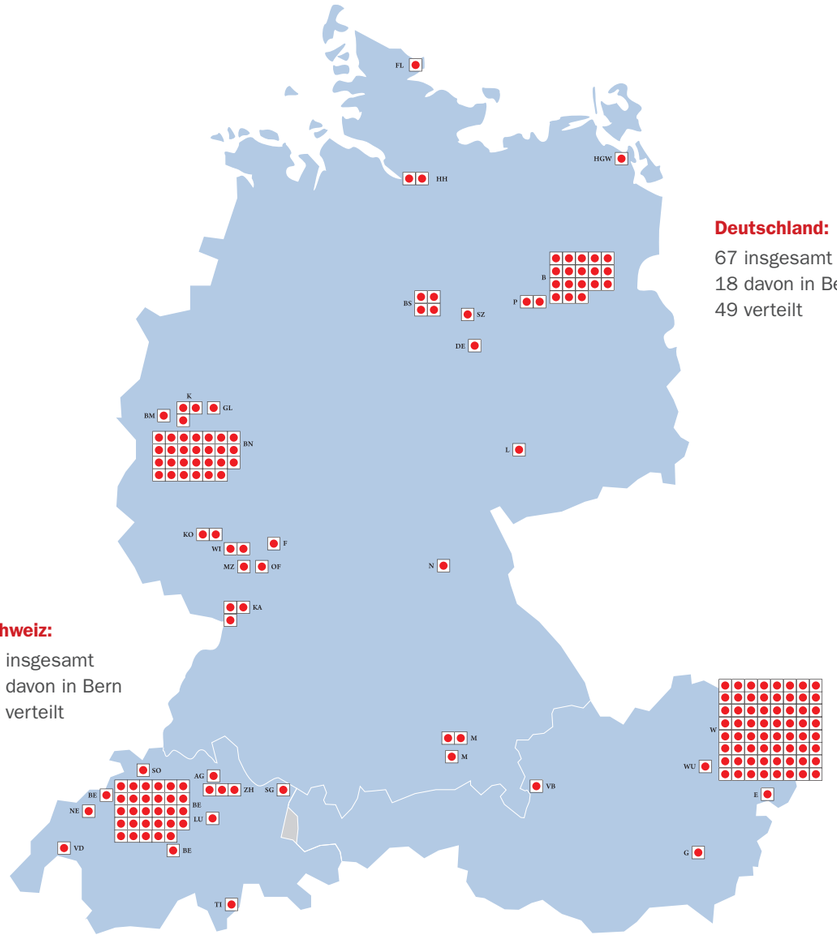
Was meinte man damit?

Der Konsens war: Wir streben eine gewisse Grundversorgung des gesamten Bundesgebiets mit definierten Leistungen an. Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Erreichbarkeit über befestigte Straßen, Stromversorgung, wohnortnaher Zugang zu Bildungseinrichtungen. Über Jahrzehnte hinweg hat die öffentliche Hand an diesen Zielen gearbeitet. Mit Erfolg. Die Versorgungsgrade mit den genannten Leistungen liegen bei weit über 90 Prozent, dazu sind noch viele andere Angebote gekommen, die gleichwertige Lebensbedingungen zum Ziel haben wie Kinderbetreuung, Altenbetreuung, medizinische Versorgungsleistungen u.v.m. Heute können wir uns nicht mehr sicher sein, ob dieser Konsens noch gelebte politische Realität ist. Mit Sorge registrieren wir seit Jahren, dass sich gerade im

Alfred Riedl
Präsident
Österreichischer Gemeindebund

BUNDESDIENSTSTELLEN

Österreich im Vergleich zu Deutschland und der Schweiz



Deutschland:
67 insgesamt
18 davon in Berlin
49 verteilt

Schweiz:
47 insgesamt
35 davon in Bern
12 verteilt

Österreich:
68 insgesamt
64 davon in Wien
4 verteilt

Quelle Institut für Föderalismus

GLEICHE CHANCEN GLEICHWERTIGE BEDINGUNGEN

Bereich infrastruktureller Versorgung eine andere Entwicklung abzeichnet. In der Telekommunikation etwa müssen wir seit der Jahrtausendwende darum kämpfen, dass ländliche Gebiete von den digitalen Verkehrswegen nicht abgeschnitten werden. Die Versorgung mit hochfrequenten Glasfasernetzen ist für Betriebe zur Standortfrage geworden. Für die Wohnbevölkerung ist sie auch ein Teil der Lebensqualität und zählt zu einem Grundbedürfnis. Die staatlichen Ausbau- und Förderprogramme berücksichtigen diese Bedürfnisse nicht immer. Wer sich anschaut, wie komplex die Planung und Fördereinreichung solcher Projekte ist, der weiß, dass das für kleine, sogar für mittlere Gemeinden oft kaum mehr machbar ist. Auf die Branche selbst dürfen wir dabei keine allzu großen Hoffnungen setzen. In einem stark privatisierten Markt herrscht das Prinzip des „cherry pickings“ vor, jedes Unternehmen engagiert sich dort, wo es die höchsten Gewinne zu erwarten hat. Für die Telekommunikationsunternehmen gilt das in besonderem Ausmaß, weil sie hohe Investitionen relativ rasch zurückverdienen müssen. Im Endeffekt heißt das: Der Ausbau von Glasfasernetzen findet im privaten Telekom-Markt nur dort statt, wo er rasch refinanzierbar ist. Darunter leiden auch die ländlichen Gebiete.

Doch der Nichtausbau von Zukunftstechnologien ist nur ein Faktor. Ein anderer ist der inzwischen unverhohlene Rückbau von manchen Einrichtungen. In manchen Regionen etwa werden Schulen geschlossen, und zwar in gar nicht geringem Ausmaß.

Klar ist: Wo minimale Einrichtungen des täglichen Lebens verschwinden, dort ist der ländliche Raum in seiner Existenz massiv bedroht. Wo Menschen in qualifizierten Berufen keine Arbeit finden, dort wandern sie ab. Andrä Rupprechter ist einer der wenigen Bundespolitiker, die diesem Trend aktiv entgegen wirken. Er hat seinem Ressort nicht nur einen regionalen Schwerpunkt für 2017 verordnet, er hat auch eine wichtige Diskussion angestoßen, die bislang viel zu leise in Österreich geführt wurde: Er will neue Bundesdienststellen außerhalb von Wien ansiedeln, womöglich sogar bestehende Dienststellen bewusst in die ländlichen Gebiete verlegen. Dafür gibt es gute Beispiele, etwa in Deutschland. Dort ist ein erheblicher Teil von Dienststellen des Bundes auf das gesamte Staatsgebiet aufgeteilt. Von 67 zentralstaatlichen Behörden sind nur 18 in Berlin situiert.

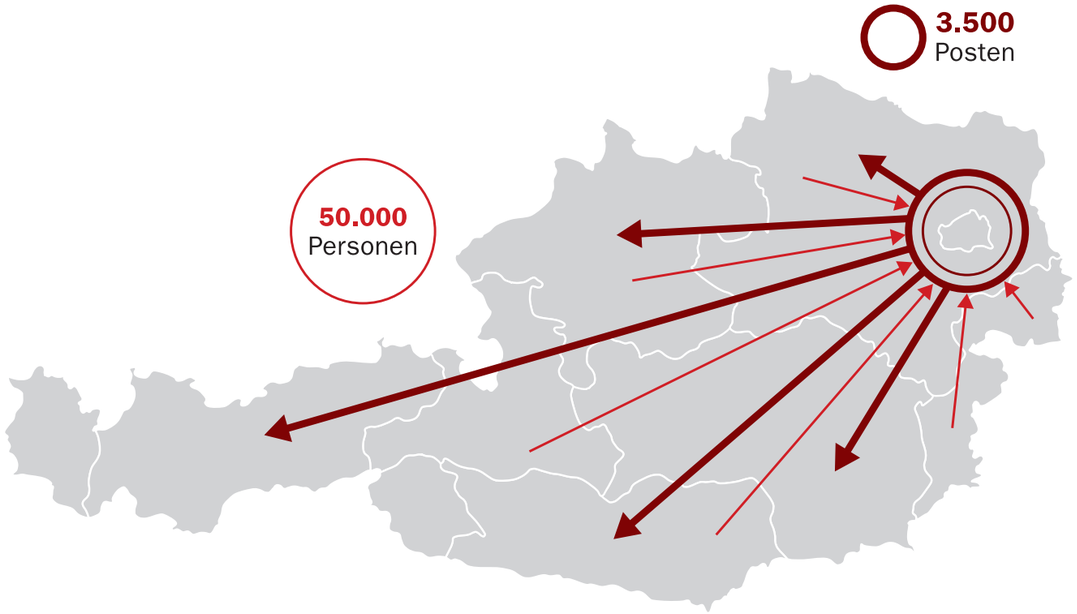
Die Digitalisierung und ihre Möglichkeiten erleichtern solche Pläne. Schon jetzt sind Finanzämter regional verteilt, viele davon übernehmen Tätigkeiten anderer mit, abhängig von der Anzahl der Steuerfälle. Rupprechters Ressort geht selbst ebenso mit gutem Beispiel voran und hat schon einige Abteilungen in ländlichen Gebieten angesiedelt. Das Bundesamt für Wasserwirtschaft wird etwa von Wien an

3.500 DIENSTPOSTEN ZURÜCK IN DIE REGIONEN

So viele Arbeitsplätze könnten durch eine Auslagerung der Dienstposten in den Regionen entstehen

Bis 2027 **verliert** der ländliche Raum nach Prognosen **über 50.000** gut ausgebildete **Personen** an den Großraum **Wien**.

Bundesminister Rupprechter fordert bis dahin **10% der Bundesbehörden** in die Regionen **zu verlegen** – das sind ca. **3.500 Dienstposten**.



Auftraggeber, Quelle: BMLFUW

APA-Auftragsgrafik

GLEICHE CHANCEN GLEICHWERTIGE BEDINGUNGEN

den Mondsee übersiedeln. Es gibt wenige gute Gründe, warum Dienststellen, deren Arbeit in hohem Ausmaß digital erledigt werden kann, nicht in ländlichen Gebieten sein sollen. Sehr schnell entstehen um solche Einheiten herum andere Innovations- und Wirtschaftsstätten. Die kleine Stadt Hagenberg in Oberösterreich hat gezeigt, dass es sogar möglich ist, auf der „grünen Wiese“ eine universitäre Einrichtung zu schaffen. Im Umfeld sind dutzende Betriebe und tausende Arbeitsplätze entstanden, die nun auch den Großraum Linz entlasten.

Die Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen in weiten Teilen unseres Landes ist eine Frage des politischen Wollens. Lippenbekenntnisse helfen uns hier nicht weiter. Veränderung bedeutet auch, dass Veränderung spürbar wird. Das ist nicht immer leicht, das ist jedem bewusst. Aber wenn wir die ländlichen Räume auch als Lebensräume (und nicht nur als Freizeiträume für Städter) erhalten wollen, dann müssen wir endlich handeln. Gleichwertigkeit zu schaffen heißt auch, dass man da oder dort für die gleiche Sache im individuellen Fall mehr Geld in die Hand nehmen muss. Die Ballungsräume stellen (oft mit Recht) Forderungen wie: „Wir brauchen mehr Geld für die Brennpunktschulen“. Ja, diese Forderung ist angemessen. Aber ja, auch wir werden für die gleichen Bedingungen im nördlichen Waldviertel mehr Ressourcen einsetzen müssen, als für eine Speckgürtelgemeinde im Wiener Umland. Das liegt in der Natur der Sache. Ein wichtiger Schritt zu einer fairen (Um-)verteilung von Ressourcen ist die Schaffung des neuen Strukturfonds im Finanzausgleich gewesen. Ein ebenso wichtiges Element ist weiterhin das System der Bedarfszuweisungen. Beides kommt vor allem strukturschwachen Gemeinden zugute, um deren Chancen auch langfristig zu verbessern.

All das ist aber nicht genug. Der Kampf gegen die Abwanderung hat viele Aspekte und Notwendigkeiten. Die ländlichen Regionen sind diesen Kampf aber wert, vor allem weil dort Menschen leben, deren Heimat und Lebensmittelpunkt diese Räume sind. Und sie haben ein Anrecht darauf, dass wir uns um sie und ihre Zukunft kümmern.

Alfred Riedl *ist neuer Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und seit 27 Jahren Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Grafenwörth in Niederösterreich. Er hat das Amt kürzlich von* **Helmut Mödlhammer** *übernommen, der den Gemeindebund von 1999 bis 2017 geführt hat.*

Walter Leiss
Generalsekretär
Österreichischer Gemeindebund

ZUKUNFT EUROPA
NUR MIT STARKEN KOMMUNEN

War Ihr erster Reflex nach dem Brexit-Referendum auch, noch schnell einen Urlaub nach London zu buchen, bevor lästige Passkontrollen das Reisen wieder erschweren? Den Wert von etwas lernt man oft erst zu schätzen, wenn man es nicht mehr hat.

Doch nicht nur beim Reisen merkt man, dass die EU neben all den (teils) berechtigten Kritikpunkten viele positive Entwicklungen für uns bewirkt hat. Auf einem Erdteil, der über Jahrhunderte von Krieg geprägt war, sind 70 Jahre Frieden eine große Errungenschaft. Ebenso, dass sich unser Lebensstandard in einer sehr kurzen Phase so gut entwickelt hat. Dank des EU-Beitritts haben benachteiligte Regionen wie das Burgenland stark aufholen können. Österreich hat vom Beitritt und den Erweiterungen wirtschaftlich enorm profitiert. Dass wir durch die gemeinsame Währung, die Erleichterungen im europäischen Binnenmarkt oder die Reisefreiheit mehr zusammengewachsen sind, sehen die meisten Menschen als wichtige Errungenschaft.

Trotz aller positiven Aspekte haben die Krisen der Vergangenheit auch die Grenzen aufgezeigt. Je größer der Druck von außen, desto größer auch die Bewährungsprobe für die Gemeinschaft.
Gerade die Flüchtlingskrise hat diesen Zusammenhalt stark auf die Probe gestellt. Daher ist es an der Zeit, darüber nachzudenken, wie eine europäische Gemeinschaft künftig funktionieren soll. Dass der gemeinsame Weg immer noch besser ist, ist auch aus kommunaler Sicht unbestritten. Die Solidarität darf nicht dort aufhören, wo sie einem selbst nichts mehr nützt. Solidarität heißt zusammenstehen, auch in schwierigen Zeiten - und da müssen wir uns hin und wieder auch an der eigenen Nase nehmen.

Gerade deswegen ist es umso wichtiger, dass man über eine Vision für ein funktionsfähiges Europa der Zukunft nachdenkt. Die Kommunen, als die direktdemokratischste Ebene, sollten sich stark in den Erneuerungsprozess einbringen. Wir müssen uns grundsätzlich fragen, was Sinn und Zweck dieser Gemeinschaft ist. Wollen wir unsere wirtschaftlichen Chancen in der Welt behauptet wissen, wollen wir eine gemeinsame Sicherheitspolitik oder sollen am Ende die Vereinigten Staaten von Europa ohne Einzelstaaten und mit einer gemeinsamen Hauptsprache stehen?

Ein Europa, wo sich einzelne die Rosinen herauspicken, wird nie eine echte Gemeinschaft werden. Daher darf auch eine Verkleinerung der Europäischen Union nicht von Beginn an ausgeschlossen werden. Dennoch darf eine mögliche Verkleinerung nicht der Beginn, sondern eher das Ende des Prozesses sein. Vorher muss ausdiskutiert werden, wohin sich die Union entwickeln soll.

Vielfalt als Vorteil begreifen

Die Grundschwierigkeit der EU war und ist die Vereinbarkeit

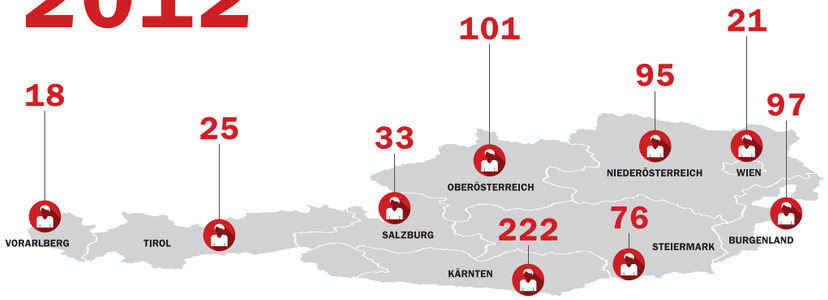
ENTWICKLUNG DES PROJEKTS „EU-GEMEINDERÄTE“

Die Initiative wurde 2010 ins Leben gerufen und beruht auf einer Idee des Gemeindebundes. Heute betreut dieses Projekt das Außenministerium.

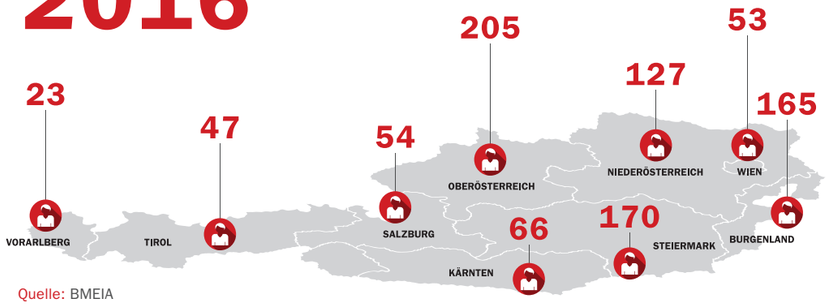
ANGEBOTE DES BMEIA:

- Logistische Unterstützung bei der Organisation von EU-Veranstaltungen
- Interaktive Plattform zum Informationsaustausch und zur Vernetzung
- Vernetzungstreffen und Fortbildungsmöglichkeiten
- Informationsreisen nach Brüssel
- Newsletter zu aktuellen Themen

November 2012 — **488 GESAMT**



November 2016 — **910 GESAMT**



Quelle: BMEIA

ZUKUNFT EUROPA NUR MIT STARKEN KOMMUNEN

der Vielfalt und die fehlende Definition des Endziels (Wohin soll sich die EU entwickeln?). Die Vielfalt der Sprachen, der Kulturen ist aber historisch gewachsen. Diese kann man nicht einfach so gleichmachen wie beispielsweise in den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Vielfalt sollte daher eher als Vorteil betrachtet werden und wir müssen einen Weg finden, mit ihr umzugehen und sie zu nutzen.

Die Sprache ist eines der wesentlichsten Merkmale dieser Vielfalt. Kommuniziert die Politik in einer Fremdsprache, wird sie niemals bei den Leuten ankommen. Daher müsste auf allen Ebenen in den europäischen Hauptsprachen publiziert werden. Es ist klar, dass mehr Dolmetscher und Übersetzungen ein Mehraufwand sind. Ein Mehraufwand, ohne den eine bessere Verankerung der europäischen Prozesse und vor allem mehr Transparenz in der Gesellschaft nicht möglich wird. Die Mehrheit der Menschen ist nicht in der Lage, komplexe europäische Prozesse in einer Fremdsprache zu verfolgen.
Trotz aller Achtung vor der Vielfalt der einzelnen Mitgliedstaaten dürfen wir nicht aufhören, das Gemeinschaftsgefühl stärker zu entwickeln. Erfolgreiche Konzepte wie Erasmus oder die Städtepartnerschaften haben in der Vergangenheit viel dazu beigetragen. Nun braucht es Konzepte, die dies weiter ausbauen, die Vielfalt anerkennen, aber darüber hinaus das Gemeinsame in den Mittelpunkt stellen. Das heißt aber auch, dass man nur dort vereinheitlicht, wo es nötig und allgemeiner Konsens ist.

Lobby für Bürger schaffen

Einer der Hauptkritikpunkte an der EU ist, dass sie so weit vom Bürger entfernt ist und sich mit Themen beschäftigt, die fern der Realität sind. Daher wäre ratsam, dass die Kommission, die als einzige Ebene Rechtsvorschläge einbringen darf, sich zu Beginn jedes Prozesses die Frage stellt, ob diese Sache wirklich europaweit geregelt werden muss – eine praktische und konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Vorschläge, die keinen länderübergreifenden Konsens finden, würden nach diesem Prinzip auch nationalstaatlich bleiben.

Damit Themen wie die Regelung der Bananenkrümmung oder die Allergieverordnung nicht zustande kommen, wird oft der Ruf nach mehr Hausverstand der Politiker laut. Das Grundproblem ist – und das ist traurig zu sagen – dass die Bürger derzeit einfach keine Lobby in Brüssel haben. Regelungen, wie jene für die Bananenkrümmung, sind nur zustande gekommen, weil die Lobby der Transportunternehmen dafür gearbeitet hat, dass man doch mehr Bananen transportieren könne, wenn diese über eine gewisse Krümmung nicht hinaus gehen. Solange niemand eine andere Position

Europäisches Parlament Straßburg

einnimmt, werden solche Maßnahmen offensichtlich ohne Widerspruch umgesetzt.

Die erste sinnvolle Gegenmaßnahme wäre, das Europäische Parlament zu einer Stimme des Volkes und des Hausverstandes zu machen. Wie könnte das gelingen? Ein Weg wäre, Parlamentarier direkt zu wählen, nicht nach dem Listenwahlrecht. Direkt gewählte Volksvertreter sind - ähnlich wie viele Bürgermeister oder der österreichische Bundespräsident – besser legitimiert (und bekannt). Im nächsten Schritt müssten die Parlamentarier durch unterschiedliche Maßnahmen, wie verpflichtende Bürgergespräche, Regionalkonferenzen, die engere Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden u.s.w., zu mehr Basisnähe verpflichtet werden.

Transparenz, Transparenz, Transparenz

Mehr Bedacht auf Übersetzungen in allen europäischen Sprachen würde einen ersten Schritt zu mehr Transparenz bringen. Um das Vertrauen der Bürger weiter zu stärken, gilt es, Prozesse sichtbar zu machen. Solange Bürger das Gefühl haben, dass die europäische Politik nur von ausgewählten Eliten betrieben wird, werden sie sich davon abwenden, da sie sich nicht vertreten fühlen. Darüber hinaus muss es Aufgabe eines jeden Politikers in Brüssel sein, die Prozesse im eigenen Land sichtbar zu machen.

In Zeiten von Social Media sollte es auch für Abgeordnete des Europäischen Parlaments, der Kommission oder auch der Bundesregierungen leichter geworden sein, ihre Bürger zu erreichen. Komplexe Materien zu erklären, wird weiterhin eine der Hauptaufgaben sein. Es sollte eine moralische Grundbedingung sein, Gespräche mit Interessensvertretungen und Lobby-Gruppen so transparent wie möglich zu gestalten. Konzentriert sich die Europäische Union wieder auf das Wesentliche, könnte man auch darüber nachdenken, die Anzahl der EU-Kommissare von derzeit 28 Personen einschließlich Präsident und Vizepräsident zu reduzieren.

ZUKUNFT EUROPA NUR MIT STARKEN KOMMUNEN

Back to the roots

Dass die Menschen sich nicht für Europa interessieren, darf als Ausrede für mangelnde Beteiligung nicht mehr akzeptiert werden. Der Erfolg der Bürgerinitiative zum Thema Wasser zeugt vom Gegenteil.

Die Konzessionsrichtlinie, bei der als Folge befürchtet wurde, dass die Wasserversorgung privatisiert werden könnte, rief so starken Widerstand nicht nur bei Kommunen, sondern auch in der Bevölkerung hervor, dass sich aus allen europäischen Ländern Unterstützer für die Bürgerinitiative „right2water“, die Wasser als Grundrecht des Menschen festigen wollte, gefunden haben. Doch Bürgerbeteiligung muss einfacher gehen. Auch hier könnten die Kommunen mit ihren innovativen Partizipationsprozessen als Vorbild dienen. Warum startet man ein Vorhaben nicht mit „Syntegration“, einem Bürgerbeteiligungsverfahren, wie es beispielsweise in St. Veit schon angewandt wurde?

Dabei holt man 40 bis 50 Personen aus unterschiedlichen Alters- und demografischen Gruppen und in dem Fall auch geografischer Herkunft zusammen und lässt sie wenige Tage zu einem Thema arbeiten. Wichtig ist, dass Bürgerbeteiligung so niederschwellig wie möglich gestaltet wird und dass es ein ganzes Maßnahmenbündel an unterschiedlichen Möglichkeiten der Partizipation gibt.

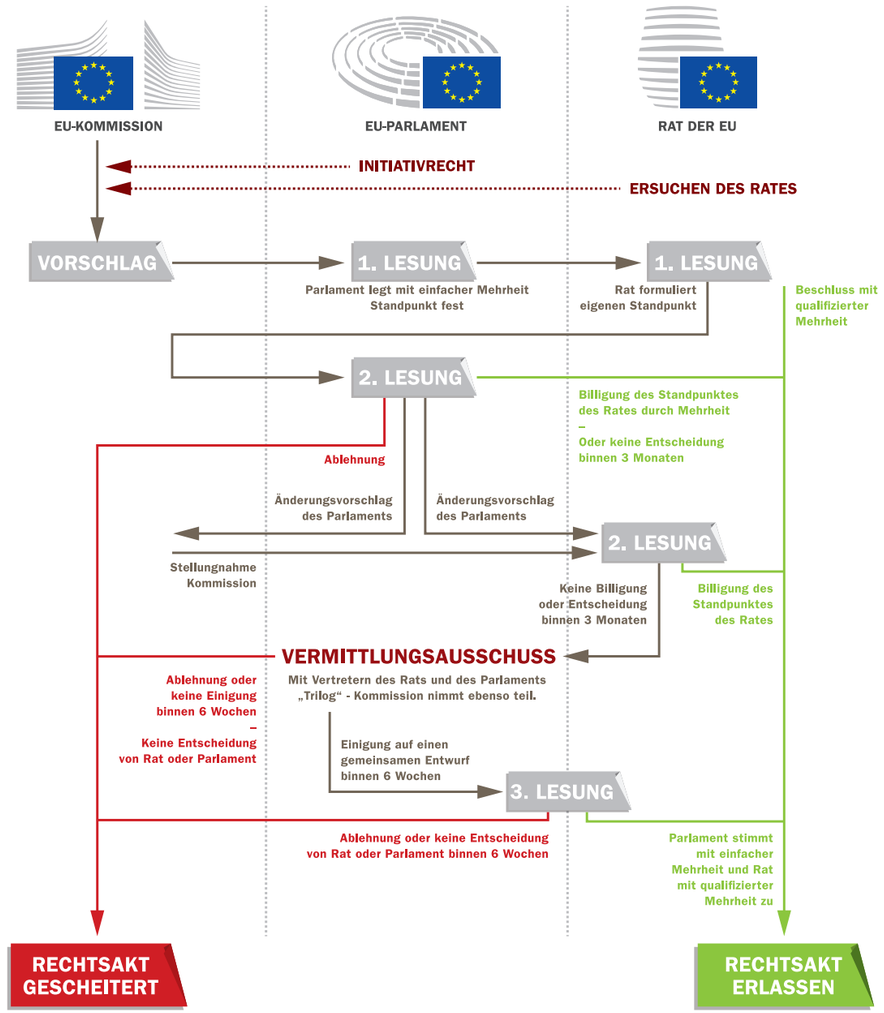
EU-Gemeinderäte auf Europa ausweiten

Die Kommunen sind auch Vorreiter, wenn es darum geht, die Prozesse der Europäischen Union näher an die Bürger zu tragen. 2016 gab es in Österreich über 900 EU-Gemeinderäte, die als lokale Botschafter aufklären, informieren und agieren. Bisher wurde dieses Erfolgsprojekt nur von Deutschland übernommen. Es wäre aber ratsam, wenn die EU dies in ihrem Reformprozess aufgreift und auf ganz Europa ausweitet.

Den Gemeinden mehr Gehör verschaffen

Egal, ob Siedlungswasserwirtschaft, Müllentsorgung, Umweltrecht oder Soziales: Mittlerweile haben fast zwei Drittel aller Rechtsakte, die die Gemeinden betreffen, ihren Ausgangspunkt auf europäischer Ebene. Gemeinden haben durch den Vertrag von Lissabon und die Schaffung des Ausschusses der Regionen bereits zahlreiche Rechte erlangt. Die Expertise der Regionen und Gemeinden hat sich in den vergangenen Jahren bereits als sehr hilfreich herausgestellt. Dennoch sollten Gemeinden auch rechtlich

WIE RECHTSAKTE IN EUROPA ENTSTEHEN



ZUKUNFT EUROPA NUR MIT STARKEN KOMMUNEN

mehr Teilhabe im Europäischen Gesetzgebungsprozess als starke Stimme der Praktiker und Mahner für mehr Hausverstand bekommen. Kommunale Interessenvertretungen sollten hier mit regionalen und Bundesinteressensvertretungen als Partner mit wichtiger Expertise behandelt und anerkannt werden.

Gesetzgebungsprozess zu komplex

Wissen Sie, wie ein Rechtsakt auf europäischer Ebene zustande kommt? Durch Kommission, Rat der EU, Europäisches Parlament und die beratenden Organe Ausschuss der Regionen und Wirtschafts- und Sozialausschuss gibt es so viele beteiligte Ebenen, dass es manchmal Jahre braucht, bis am Ende eine Entscheidung herauskommt (oder der Gesetzgebungsprozess scheitert). Dies ist ein zutiefst demokratischer Prozess – aber in der Praxis sehr aufwändig und langwierig. Es ist selbst für Interessierte manchmal schwierig, diesem Prozess zu folgen. Am Ende eines Reformprozesses sollte auch eine Grundreform stehen, die das Institutionengefüge föderalistischer macht. Dafür gibt es in Europa zahlreiche Beispiele. Auf jeden Fall muss die EU dafür gerüstet werden, in Krisen schneller handlungsfähig zu sein.

Förderungen: Abwicklung vereinfachen

Brüssel ist weit weg. Die Kommunikation, wenn man etwas braucht, ist schwierig. Wer schon einmal einen Förderantrag für ein EU-Projekt ausfüllen musste, scheiterte manchmal nicht nur an der Sprache, sondern auch an den Kriterien. Bestes bzw. schlechtes Beispiel sind die Gemeindepartnerschaften. Hier ist es zweifellos sinnvoll, dass Treffen und Projekte, die von der EU gefördert werden, bestimmten Themen wie dem europäischen Geschichtsbewusstsein, dem Austausch und der Kooperation in Form von Bürgerbegegnungen oder grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten entsprechen sollen. Allerdings muss man einen eigenen Kurs besuchen, damit der Förderantrag überhaupt erst richtig ausgefüllt werden kann. Da überlegt man sich dreimal, ob so ein Projekt den Aufwand wert ist.

Ziel muss es sein, Förderungen unbürokratischer zu machen. Sinnvoll wäre es, dass die EU nur mehr die groben Bedingungen für eine Förderung vorgibt und die Abwicklung dem jeweiligen Mitgliedsland überlässt. Zu einem definierten Zeitpunkt muss das Land der EU den Förderstand melden. Werden Gelder veruntreut, haftet das jeweilige Land.

Diese Art und Weise der Förderpolitik ist sicherlich kostensparender, fördert aber nicht die Identifikation mit der EU als Fördergeber und macht auch nicht sichtbar, welche Projekte ohne EU-Förderungen gar nicht

Fünf Szenarien

Die fünf Szenarien hat Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker in seinem Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vorgestellt. Diese sollen als Denkanstoß dienen und sind nicht als starre Vorgaben zu verstehen. Ideen zur zukünftigen Gestaltung Europas könnten anhand dieser Szenarien entwickelt werden, die dargestellten Vorschläge zur Neuordnung bzw. Vertiefung der Zuständigkeiten spiegeln die Wünsche der Kommission wider.

Szenario 1

Weiter wie bisher

Dieses Szenario schlägt eine Fortsetzung des Status quo vor. D.h. die Schwerpunkte und Arbeitsweise der Juncker-Kommission fortführen, auch wenn die Beschlussfassung „großer“ Angelegenheiten nicht einfach ist und die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit aufrecht bleibt. Das Primärrecht müsste nicht geändert werden, die aktuelle Kompetenzverteilung bliebe bestehen.

Szenario 2

Schwerpunkt Binnenmarkt

Die EU könnte sich auf den gemeinsamen Waren- und Kapitalmarkt beschränken und Politikbereiche wie Verbraucher-, Sozial- und Umweltrecht der Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten überlassen. Sicherheitsfragen wären bilateral zu lösen, der Schengenraum könnte ganz aufgegeben werden. Freizügigkeit, freier Dienstleistungsverkehr und die Unionsbürgerrechte könnten eingeschränkt werden.

Szenario 3

Wer mehr will, tut mehr

Dieses Szenario ist unter dem Begriff „Europa der vielen Geschwindigkeiten“ zusammenzufassen. So wie bereits jetzt (Euro, Schengen), könnte es in Zukunft Gruppen von Mitgliedstaaten geben, die etwa in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Justiz oder Steuerharmonisierung vorangehen. Dies würde zwar zu einer stärkeren Fragmentierung führen, hätte aber keine Auswirkungen auf die geltende Zuständigkeitsverteilung.

Szenario 4

Weniger, aber effizienter

Die Kompetenzen wären neu zu ordnen, die EU könnte mehr ausschließliche Zuständigkeiten erhalten und bisher geteilte Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten übertragen. Vorgeschlagen wird etwa, Innovation, Handelspolitik, Sicherheit, Migration, Grenzmanagement und Verteidigung auf die EU zu übertragen und ihr auch die dafür nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Regionalentwicklung, Gesundheits- und Sozialpolitik sowie neue Standards in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt- oder Arbeitsschutz fielen in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die hier auch unterschiedliche Akzente setzen könnten.

Szenario 5

Viel mehr gemeinsames Handeln

Hier geht das Weißbuch davon aus, dass die Mitgliedstaaten im Rahmen der geltenden Zuständigkeitsverteilung mehr Machtbefugnisse und Ressourcen teilen und auf allen Gebieten enger zusammenarbeiten. Hervorgehoben werden die gemeinsame Außenpolitik und ein gemeinsames Migrationskonzept sowie gemeinsame Investitionen in Forschung und Innovation.

ZUKUNFT EUROPA NUR MIT STARKEN KOMMUNEN

finanziert worden wären.
Die zweite, wahrscheinlich kostenspieligere Möglichkeit ist, dass die EU mehr abwickelnde Behörden, ähnlich wie Botschaften, in den einzelnen Mitgliedsstaaten aufbaut, die Kriterien mit den Stakeholdern in den Mitgliedsländern direkt entwickelt und selbst oder gemeinsam mit dem Mitgliedstaat auf die Einhaltung der Kriterien achtet.

In jedem Fall gilt, dass auf eine einfache und unbürokratische Förderung geachtet werden soll. Bei Förderungen, die die Gemeinden betreffen, wäre es viel treffsicherer, diese in die Festlegung der Rahmenbedingungen einzubeziehen.

Und Österreich legt immer noch eins drauf...

Dass sich auch in Österreich an der Einstellung zu europäischen Rechtsakten etwas ändern muss, wäre in weiterer Folge ein wichtiger Aspekt. Das sogenannte „golden plating“, also dass Österreich immer noch strengere Gesetze erlässt, wenn Europa eine Verordnung verabschiedet, muss ebenso aufhören, wie dass Politiker bei Kritik die Schuld instinktiv auf Europa schieben. Das bringt zwar politisches Kleingeld, zerstört aber langfristig das Vertrauen der Bürger in die europäische Ebene.

Gemeinden als Vorbild für Europa

„Europa beginnt in den Gemeinden“ – die Gemeinden sind jene Ebene, in der man direkt etwas bewirken kann, in der der Bürgermeister weiß, was seine Bürger beschäftigt. Die Gemeinden sind auch jene Ebene, in der die Sorgen direkt an die Politik herangetragen werden. Deswegen ist der Erhalt dieser Ebene und vor allem die Kleinheit ein großer Schatz, dessen Bewahrung und Wertschätzung auch auf europäischer Ebene keine bloße Floskel sein darf.

Im Reformprozess sollte man sich dieser wichtigen Einheiten bewusst werden. Gerade im Projekt der EU-Gemeinderäte, aus denen dieser Satz stammt, zeigen die Kommunen auch, dass sie zu Europa stehen und gerne bereit sind, auch dafür einzustehen. Dies darf aber nicht einseitig bleiben. Der Fokus einer zukunftsträchtigen EU muss sich ähnlich wie in den Gemeinden auf das Wesentliche konzentrieren: Lebensqualität, Sicherheit und eine Perspektive.

Dr. Walter Leiss, *59, ist seit 2011 Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.*

Conny Bischofberger
Journalistin

VON MELLAU INS PADÀRIES

Das Dorf, das ich mit 14 verlassen habe, suche ich seither überall auf der Welt. Am Wiener Kolonitzplatz, beim indischen Zeitungsverkäufer in Midtown Manhattan und mehr als 1.000 Kilometer weiter östlich, im ungarischen Padàr, das ich „mein Padàries“ nenne.

Mellau im Bregenzerwald. Das sündige Dorf. Den Namen verdankt es meiner Mutter, der Sonnenwirtin. In den Sechziger Jahren, als in Vorarlberg während der Fastenzeit noch Tanzverbot herrschte, spielte sie zum Tanz auf und pfiff auf das Gesetz. Ich bin ihre jüngste Tochter und hab wohl ihre Widerspenstigkeit geerbt. Als Kind hatte ich aber nichts zu lachen. Gezeugt auf der Stiege, als mein Vater, der gerade aufstand, und meine Mutter, die erst zu Bett ging, sich dort begegneten. Ein später Zufallstreffer, ungeplant. Geboren wurde ich im „Gado“ (Schlafzimmer) oberhalb der Wirtsstube, und als die Presswehen einsetzten, verlangte meine Mutter nach einem doppelten Cognac. Immer wenn etwas besonders schwierig oder unerträglich wurde, orderte sie doppelten Cognac. Nach 14 Tagen brachte sie das „Gögle“ (Kind) zu Tante Cäcilia, die mich aufzog. Ich liebte diese Frau über alles und nannte sie „Mama“. Mit meinem zweiten Vornamen heiße ich aus Dankbarkeit zu ihr Cäcilia. Cornelia Cäcilia Bischofberger. Als erstes Wort soll ich gesagt haben: Nela-Sila-Biberger-böse-Krott. Böse Kröte. Eingefallen war das meinem Cousin, und wenn ich es aufsagte, dann lachten alle. Ich auch. Mein Lieblingsbruder Nori, heute ein Weltstar der Pharma-Industrie, fand, dass Cornelia – wie Cornelia Froboess, nach der mich meine Mutter benannt hatte, - nicht zu mir passe. Er benannte mich in Conny um – wie Conny Francis. Cornelia sagten nur die Lehrer zu mir, wenn ich etwas falsch gemacht hatte.
So kam es, dass ich zwei Mütter hatte. Eine „Mama“ und eine „Sunno-Mama“. Letztere spielte Ziehharmonika im Gasthaus „Sonne“ und trank dort alle Männer unter den Tisch. Das ist eine meiner prägendsten Kindheitserinnerungen: Ich dachte lange Zeit, betrunken zu sein sei ganz normal, Nüchternheit hingegen ein bedauernswerter Zustand nach dem Genuss von Alkohol. Ich kann noch heute trinken, so viel ich will. Nur bei Champagner stellt sich jene süße Benommenheit ein, die Menschen dazu verleitet, Alkohol zu trinken.

Ich liebte und hasste dieses Dorf. Schon damals fühlte ich mich innerlich zerrissen. Die „Sonne“ mit all ihrem Lärm, dem Stress, der Arbeit, dem Alkohol, den Gästen, die viel mehr wert waren als wir Kinder, ich fürchtete und hasste sie. Den Mellenbach mit seinen Steinen liebte ich. Im Sommer hüpfte ich auf ihnen barfuß, ohne mich nass zu machen, das ganze Tal hinein bis zum Wasserfall. Dort war ich ganz allein, beschützt von der Natur. Die zwei nachhal-

tigsten Klänge meiner Kindheit sind dieses wilde Rauschen des Wasserfalls und das Läuten der Kirchglocken. Ich hab mir später in Wien deshalb am Wiener Kolonitzplatz eine Wohnung gekauft, weil ich dort das vertraute Läuten der Kirchglocken hören konnte. Es war das Einzige, auf das ich mich als Kind verlassen konnte.

Meine Mutter war bis über die Landesgrenzen hinaus bekannt. Ich hatte Ehrfurcht vor ihr im wahrsten Sinn des Wortes. Ich ehrte, was sie leistete, und ich fürchtete sie. Sie war hart zu sich selbst und uns, und sehr charmant zu allen andern. Als ich acht wurde, musste ich regelmäßig zur Arbeit antreten – im Sommer und an den Wochenenden sogar täglich. „Ich muss arbeiten“ blieb lange mein innerer Leitsatz, der mich wohl so produktiv, stressresistent und verlässlich gemacht hat. Die kleine Conny war Kellnerin, Palatschinkenköchin, Kuchenverkäuferin, Stubenmädchen und Sängerin. Mit dem absoluten Gehör meiner Mutter geboren, war ich als ihre Nachfolgerin vorgesehen, noch bevor ich wusste, was das bedeutet hätte. Es war klar: Das neunte Schuljahr genügt, eine „Motl“ (ein Mädchen) braucht keine Matura, und sie muss auch nicht studieren. Wozu auch? Und so trug ich sechs heiße Teller auf einmal durchs Lokal, bediente 40 Holländer allein, von Suppe bis Dessert, Auspinseln der stinkenden, überquellenden Aschenbecher inklusive. Und ich musste singen. Heimatlieder vor betrunkenem Publikum. Nach dem tobenden Applaus spendierten mir die Gäste einen Schnaps. Ex!

Als ich zehn war, fasste ich einen Entschluss. Ich wollte weg, weit weg. Ich hatte gehört, dass in Innsbruck eine Bregenzerwälderin Direktorin eines kirchlichen Gymnasiums war, ihr wollte ich mich anvertrauen. Ich fuhr schwarz mit dem Zug nach Tirol, das dauerte in den Siebziger Jahren noch drei Stunden. Vom kleinen Dorf in die große Stadt am Inn. Schwester Clarina staunte und verstand. Wenige Tage später passierte ihr vanillegelber Mercedes mit Schwester Purissima, der Internatsleiterin, und der Schwester Oberin des Klosters der Barmherzigen Schwestern an Bord den Arlberg- und Hochtannbergpass und fuhr bei uns zuhause vor. Ich wäre am liebsten im Boden versunken, als die Klosterschwestern wie drei Wesen von einem anderen Stern unsere Wirtsstube betraten. Meine Mutter jodelte, der Stammtisch hatte sicher 20 Promille. Kurzum: Die Schwestern überredeten meine Mutter, dass ich das neunte Schuljahr in Innsbruck machen sollte, weil ich doch so begabt sei. Aus mir unerklärlichen Gründen willigte die Sonnenwirtin, die Gäste auch aus dem Lokal schmiss, nur weil sie die falsche Partei wählten, ein. Ich glaube, sie war so beeindruckt von dieser himmlischen Abordnung, dass sie nicht zu widersprechen wagte.

VON MELLAU INS PADÀRIES

Und ich hatte meinen Vater hinter mir. Er blieb in seiner Bescheidenheit und Güte immer unerreichbar für mich, wie ein Engel, der irrtümlich auf der Erde gelandet war.

Es war mein Ausstieg, meine Rettung, der Wendepunkt in meinem Leben. Ich habe es diesen Klosterfrauen zu verdanken, dass ich heute nicht mehr heiße Teller trage oder Schnaps trinke, sondern Journalistin bin, dass ich in die Schweiz zog und dann nach Wien. Ich habe es diesen drei Frauen zu verdanken, dass mir heute die Welt offensteht.

Bin ich deshalb ein Homo Urbanus geworden? Anfangs konnte ich mich nicht sattsehen an den vielen Autos, die sich auf der Wienzeile und am Gürtel auf mehreren Spuren gierig vorwärtsbewegten. Blinker raus und rüber, Gas und weg! Ich liebte es, in meinem mintfarbenen Polo Teil dieser energetischen Masse zu sein, einzutauchen in die Lichter der Großstadt, aufzugehen im Gefühl von Freiheit. Trotzdem: Zuhause war ich am Kolonitzplatz, zwischen Billa und Etsan, Kirche und Moschee, dem Cafe Menta und meinem Lieblingstürken Celal, der mich ehrfurchtsvoll „Cona“ nennt und Mitte Dezember einen kleinen Christbaum in seinem Lokal für „uns“ (Nichtmuslime) aufstellt.

Meine Beziehung zum Bregenzerwälder Dorf ist bis heute schwierig. Lange Zeit blieb ich ihm fern, war ihm böse für vieles, was es mir abverlangt hatte. Legte die Sprache ab, die mich mit den Menschen im Dorf verband. „Trüllar“. „Kog“. „Läppe“. Begegnungen mit Vorarlbergern stehen für mich meist unter einem schlechten Stern. Ich kann dem Dorf nicht verzeihen, dass ich zu etwas gezwungen hätte werden sollen, was ich nicht wollte. Zumindest das war mir immer klar. Nur mit Nori, der heute in Kalifornien lebt (auch er flüchtete aus dem Dorf, aber gleich auf einen anderen Kontinent), spreche ich noch manchmal Dialekt. Meist nach zwei Gläsern Rotwein, wenn es ganz persönlich wird. Für alles andere passt uns Englisch besser.

Wenn ich vier Plätze benennen müsste, zwischen denen sich mein Leben heute, 42 Jahre nachdem ich das Dorf verlassen habe, abspielt, dann wären das (von West nach Ost): New York, Mellau, Wien, Padàr. New York war immer mein Pendant zu Wien. Die noch größere, noch aufregendere Stadt. Der Ort, der mich noch mehr inspiriert und elektrisiert. In New York fühlt sich meine Flucht aus dem Dorf richtiger an als an jedem anderen Platz dieser Erde – Vietnam, Südafrika, Peru und Alaska inklusive. Doch was geht durch meinen Kopf, wenn ich im Yellow Cab vom JFK Flughafen nach Manhattan sitze und die Silhouette der Skyline am Abendhimmel auftaucht? Ich denke an Hans Janitschek, der mich nie mehr dort erwarten wird, an Spaziergänge mit ihm von Ground Zero bis hinauf zur

Der Rückzugsort in Padàr: ein kleiner Hochstand im Garten

VON MELLAU INS PADÀRIES

77. Straße, an die Cocktails in seinem Penthouse mit Blick über den Central Park. Selbst in der pulsierendsten Stadt der Welt wollen Menschen das, was sie auch im Dorf wollen: Sich geborgen fühlen. Ich glaube, dass ich überall auf der Welt immer wieder mein Dorf suche, das ich mit 14 Jahren verlassen habe. Oder das fehlende Puzzle zum Bild, das dort unvollkommen geblieben ist.

Da ist noch diese Geschichte mit den Katzen. In unserem Wirtshaus waren Katzen immer lästig. Gäste aus aller Welt waren sehr willkommen, weil sie Geld brachten, aber Katzen waren lästig, sie kosteten nur, und deshalb wurde mit ihnen laut geschimpft. Das habe ich als Kind nie verstanden. Wieso Katzen nicht einfach Katzen sein durften. Ich beschloss damals, immer Katzen um mich zu haben. Wo immer ich mich auf der Welt aufhalte, ich entdecke überall Katzen. Selbst in Midtown Manhattan kaufe ich bei jenem Inder meine Wochenendausgabe der New York Times, bei dem ein getigerter Kater auf dem Zeitungsstoß schläft. Es ist natürlich streng verboten, ihn aufzuwecken und deshalb musste ich schon einmal zwei Stunden auf die NYT warten.

Warum zog es mich, wenn meine These stimmt, dann nicht irgendwann zurück in den Bregenzerwald, in mein Dorf, mit dem ich mich versöhnen hätte können? In gewisser Weise hab ich mich versöhnt. Mit meiner Schwester zum Beispiel, wir konnten uns lange Zeit nicht besonders leiden. Heute liebe ich Barbara und verbringe gerne Zeit mit ihr. Wir kochen dann alte Rezepte von früher nach. Riebel mit Apfelmus, Ofokatz, Blutwürste, Schwozarmuas. Sie zeigt mir alte Fotos und berichtet mir, wer gestorben ist. Aber dann bin ich erleichtert, wenn ich wieder wegfahren kann.

„Mein“ Dorf hab ich mehr als 1.000 Kilometer weiter östlich, in Ungarn gefunden. Nein, es hat in Wahrheit MICH gefunden, und zwar durch einen verrückten Zufall. Ich suchte Ende der Neunziger Jahre einen Mietgarten in der Wachau. In der „Krone“ waren Mietobjekte damals noch unter „Wien“, „Niederösterreich“ und „Ausland“ gelistet.

Ich rutschte eines Tages unter den „Niederösterreich“-Balken ins Ausland und las folgende Annonce: Ungarisches Bauernhaus, Brotbackofen, 2800 Quadratmeter Grund, Nebengebäude, 150.000 Schilling. Mich interessierte nur, ob der Krone da ein Druckfehler passiert war. Fehlte da nicht eine Null? Ich rief an und erkundigte mich. Der Preis stimmte. Ob ich das Haus sehen wolle? Ich sagte sehr bestimmt und auch arrogant „Nein danke“. Ungarn? Wer will in Ungarn ein Haus? Aber dann entstanden diese Bilder in meinem Kopf. Vielleicht war es ein wunderschönes Haus, vielleicht wuchsen dort Zwetschken und Wein, vielleicht hatte es auf mich gewartet.

Seit 1999 ist Padàr, ein verwunschenes Dorf mit 60 Einwohnern, zweieinhalb Autostunden von Wien entfernt, mein Zufluchtsort. Meine Psychotherapeutin Nanni Ringler, die für mich der vierte Schutzengel war (neben den drei Klosterfrauen), sagte einmal: „Padàr ist das Pendant zu deiner Kindheit. Der Ort, an dem sich die kleine Conny geborgen fühlen darf.“ Auf meinem Hochstand zu sitzen, ein Glas Rotwein in der Hand, den Blick über die Schafherde bis zum Horizont schweifen lassen, das bedeutet für mich Frieden. Ich nenne diesen Ort deshalb „mein Padàries“.

Vom Dorf in die Stadt, von der Stadt in die noch größere Stadt und zurück ins Dorf am anderen Ende von Vorarlberg. Ein Hin und Her, ein Sowohl als Auch, ein Hier und Dort. Um mich vollkommen zu fühlen, brauche ich die Wasserfälle und die Skylines, die Schafherde und den Stau, die Geborgenheit und die Freiheit. New York, Mellau, Wien und Padàr sind keine Gegensätze, sondern die Koordinaten meines Glücks.

Conny Bischofberger, *57, arbeitet für die Kronen Zeitung, hat dort zwei Mal pro Woche eine Kolumne und interviewt für jede Sonntagsausgabe große Persönlichkeiten aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Als Interviewerin hatte sie schon alle „Großen“ im Gespräch: vom Bundespräsidenten, über den Dalai Lama, Ex-UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, bis hin zu Anna Netrebko oder Natascha Kampusch. Zuvor arbeitete die gebürtige Vorarlbergerin als Redakteurin für verschiedene Medien, darunter „Der Kurier“, „Die Weltwoche“, „Die Wienerin“, „Bild am Sonntag“ und „Woman“.*

Tamara Metelka & Nicholas Ofczarek
Leiterin des Max Reinhardt Seminars;
Kammerschauspieler

PARALLELWELT DORF - INTERVIEW MIT NICHOLAS OFCZAREK & TAMARA METELKA

Der Himmel ist frühlingsrosa über dem Wiener Rathaus. Beim Burgtheater gegenüber wird das Stück für heute Abend „Die Affäre Rue de Lourcine“ angekündigt. Bevor Nicholas Ofczarek gemeinsam mit Maria Happel und Michael Maertens dort auf der Burgtheater-Bühne steht, nehmen er und seine Frau Tamara Metelka, ebenfalls Schauspielerin und Leiterin des Max Reinhardt Seminars, sich Zeit für ein ausführliches Gespräch über ihre „Parallelwelt“ im Waldviertel, das Grenzland, sanften Tourismus und den Wert der kleinen Gemeinschaft „Dorf“.

Wir sitzen im Restaurant Vestibül. Den Chef de Cuisine, Christian Domschitz, hat das Ehepaar einmal zufällig bei seinem Fleischer Geitzenauer in Litschau getroffen. „Wir sind dann zu uns gefahren und haben spontan miteinander gekocht“, erzählt Tamara Metelka von einem ihrer „schönsten Erlebnisse oben“. Ihr Mann erklärte es zur Tradition: „Das mach ma jetzt immer Anfang des Jahres.“ Zuletzt gab es Reh – durch ein Missverständnis. In Litschau meint man selbstverständlich das ganze Tier, nicht nur den Rehbraten, wenn man ein solches bestellt. „Das wurde uns dann bewusst, als unser Nachbar sagte, er habe jetzt sein Reh bekommen. Also war natürlich die gesamte Kühltruhe voll damit und er hat uns alle, samt Koch und Fleischer, zum Reh-Essen eingeladen.“

Ofczarek ist in vielen verschiedenen Orten aufgewachsen, in Österreich, Deutschland und der Schweiz. In einer 70.000-Einwohner-Stadt genauso wie im Appenzeller Land in den Bergen, einem Dorf, das ungefähr so groß ist wie Litschau, aber auch in Graz und in Wien hat sich seine Kindheit abgespielt. Vor kurzem hat er herausgefunden: „Ich stamme väterlicherseits irgendwie aus’m Waldviertel“, sagt er stolz. „Aus einer Rauchfangkehrer-Dynastie aus Zwettl“, fügt er verschmitzt und mit der typischen lokalen Sprachfärbung, die das harte, doppelte „T“ in der Wortmitte unhörbar verschluckt und mit dem „L“ hingegen einen Meidlinger fast neidisch werden lässt.

Das Waldviertel schätzt der Schauspieler seit er seine Frau Tamara kennengelernt hat vor 21 Jahren. Die beiden bilden mit vier Familien eine Eigentümergemeinschaft in einer alten Brauerei nahe der tschechischen Grenze. „Wir lieben es, weil es so abgeschieden ist, weil es so weit weg ist. Und es ist trotzdem in knapp zwei Stunden von Wien erreichbar“, sagt Metelka. Ihr Mann pflichtet ihr bei: „Das ist gerade so weit weg, dass man im Notfall zurück kann, was man selten muss. Es ist immer noch Grenzland und wird’s auch immer sein. Da kommt keine Autobahn hin. Hoffentlich.“

Wie macht sich das bemerkbar, das Grenzland?

PARALLELWELT DORF INTERVIEW

Tamara Metelka: Es gibt dort echt Wildnis. Es sind zwar unsere Wälder viel gepflegter als in Kanada, aber gleich nach der tschechischen Grenze heißts „Česká Kanada“. Man kann stundenlang gehen, ohne jemanden zu treffen. Das ist halt der Vorteil. Es ist halt...

Nicholas Ofczarek: …still.

Tamara Metelka: …irrsinnig viel Land. Hingekommen, also ins Waldviertel, sind wir durch mich. Ich bin halb in Hörmanns und halb in Wien aufgewachsen. Zweitwohnsitzer gibt es jetzt viele. Damals, als meine Eltern das Haus gekauft haben, 1971, wollte niemand so nahe an den Eisernen Vorhang. Das war mitten im Kalten Krieg.

Wie haben Sie das erlebt?

Tamara Metelka: Wenn ich alleine in den Wald ging, wurde mir immer gesagt: ‚Nicht zu weit weg und aufpassen! Wennst auf die tschechische Seite kommst, bist du drei Tage verschwunden.‘ Immer wenn ich etwas vorbeirollen gehört hab, hab ich gedacht, die russischen Panzer kommen.

Klingt unheimlich.

Tamara Metelka: Das war es. Wir waren am Ende der Welt. …und es gab wirklich immer die Geschichten von Männern, die sich betrunken über die Grenze verirrt haben und dann tagelang festgehalten wurden. Außerdem habe ich die Hunde der Hundestaffeln im nahen Haugschlag oft bellen gehört. Ein prägendes Erlebnis hatte ich im Alter von circa neun Jahren. Drüben waren Pfadfinder aus Tschechien. Wir haben uns gewunken, aber wussten, wir dürfen nicht rüberschwimmen oder in ein Boot steigen, sonst wird womöglich jemand erschossen. Das war heftig.

Wie haben Sie den Fall des Eisernen Vorhangs in Erinnerung?

Tamara Metelka: Seit damals, habe ich das Gefühl, haben sich mehr Leute angesiedelt, obwohl es nicht sehr erschlossen war. Unseren Kanal gibt es zum Beispiel erst seit zehn Jahren.

Wer zieht da jetzt vermehrt rauf?

Tamara Metelka: Vor allem Künstler, Menschen, die Ruhe suchen.

Nicholas Ofczarek: Schriftsteller wie Menasse.

Tamara Metelka: Gerade auf der tschechischen Seite ist alles noch unberührt. Die Zufahrtsstraßen aus dem Kalten Krieg sind jetzt betoniert. Man kann herrlich Rad fahren. In Tschechien gibt es ein tolles Radnetz, alles super verzeichnet.

Das klingt nach Idylle vom unversehrten Erholungsraum. Wie geht es jenen, die die ganze Woche dort wohnen und arbeiten?

Tamara Metelka: Ich würde sagen, es gibt eine gute Infrastruktur. Außerdem leben wir in Zeiten des Internets, daher können viele von überall aus arbeiten. Ich erlebe weniger, dass Geschäfte zusperren, sondern eher, dass neue eröffnen. Litschau ist ein Luftkurort, die Leute kommen wegen der unberührten Natur. Man nutzt die Einsamkeit und den sanften Tourismus, vor allem in Verbindung mit den vielen kulturellen Veranstaltungen wie das Schrammelklang-Festival oder die Theateraufführungen im Herrensee-Theater.

Aber das macht jetzt eine überschaubare Anzahl an Arbeitsplätzen für Einheimische. Wie ist es um die Landflucht bestellt?

Tamara Metelka: Oft übernimmt ein Kind den Hof, die anderen gehen nach Wien studieren. Manche bleiben in der Stadt zum Arbeiten und sind dann am Wochenende oben, andere finden im Waldviertel Jobs. Katastrophal finde ich, dass in Krankenhäusern einzelne Stationen zugesperrt werden. In Waid-

hofen wurde die Geburtenstation geschlossen, viele Frauen aus dem nördlichen Waldviertel müssen jetzt nach Gmünd oder sogar Tschechien ausweichen.

Was sind positive Entwicklungen, die Sie wahrnehmen?

Tamara Metelka: Vieles besserte sich in den letzten Jahren, man geht mit der Zeit, findet neue Wege. Viele Bauern haben auf Bio-Landwirtschaft umgestellt. Das Hilfswerk in Litschau ist auch Postpartner. Es ist schön zu sehen, dass ein Ort eine starke Gemeinschaft hat, die dafür kämpft, dass der Ort wächst und bestehen bleibt.

Gerade im Alter unterscheidet sich das Leben im Dorf wesentlich vom Leben in der Stadt.

Tamara Metelka: In der Altenbetreuung hat Niederösterreich einen super Weg gefunden. Das ist weit weg vom Anonymen. Die

Mitarbeiter sind aus der Region, die Leute kennen sie und können so lange wie möglich zuhause wohnen.

Zu ihren einheimischen Freunden zählen Metelka und Ofczarek auch die Biobauern Tanja und Gottfried Hammerschmidt. Die Gemeinderätin und der Feuerwehrkommandant sind ihre wichtigsten Ansprechpartner vor Ort.

Tamara Metelka: Nachbarn oder fixe Bezugspersonen sind am Land besonders wichtig. Tanja und Gottfried haben schon oft geholfen, zum Beispiel im Winter die Einfahrt freigeschaufelt, damit ich überhaupt zum Haus zufahren konnte.

Die Feuerwehr ist ein zentraler Verein in Hörmanns. Sie veranstaltet Straßenfeste, den ‚Punschzauber', das Kinderbasteln und gab sogar ein eigenes Kochbuch heraus. Auch Ofczarek und Metelka haben ein Rezept beigesteuert. Bei ihnen gab es Chilli con Kürbis und Maisbrot.

Tamara Metelka: Für uns war selbstverständlich, dass wir da mitmachen. Ich habe das Gefühl, dass die Ortsvorsteherin Tanja viel unternommen hat, seit sie fix im Waldviertel wohnt. Sie hat zum Beispiel eine Hörmanns Whatsapp-Gruppe gegründet.

Worüber tauscht sich da die Dorfgemeinschaft so aus?

Tamara Metelka: Man kriegt alles mit: Wenn jemand krank ist, wenn jemand ein Kind bekommen hat, was im Fasching passiert, wann die Jagdpacht bezahlt wird. Letztens stand drinnen: ‚Achtung, Ortseinfahrt total vereist!' Das finde ich total super.

„Auf dem Lande sind wir die Figuren eines großen Familiengemäldes, in der Stadt kehrt jene in den ihr von den Verhältnissen geschnitzten goldenen oder schwarzen Rahmen zurück und wird ein selbstständiges Bild, höher oder niederer gehängt, in besserem oder schlechterem Lichte." (Johann Nepomuk Nestroy)
Diesen Wechsel – das Rausfahren aus der Stadt und dem Trubel – ‚kann man den ein bisschen mit dem Rollenwechsel im Schauspielerberuf vergleichen?

Tamara Metelka: Wenn, dann sind wir in Wien in einer Rolle drinnen, oben sind wir wir selbst.

Nicholas Ofczarek: Ich sag immer: ‚Ich wohne in Wien und lebe im Waldviertel.' Es ist kein Rollenwechsel. Ich werde einfach ruhiger. Wobei: Mein ganzes Leben lang, habe ich wiederkehrend ein und denselben Traum: Ich entdecke in meiner Wohnung eine Tür, die immer schon da war und dahinter einen Raum,

der mir wieder einfällt und dann kommt wieder eine Tür. Ich komme drauf, dass die ganze Zeit in dem, wo ich lebe, noch etwas ist, das ich immer wieder vergesse. Und das ist das Waldviertel. Wie eine Parallelwelt.

Wie bei Alice im Wunderland.

Nicholas Ofczarek: Ja und jetzt, wo man mit dem Radl einfach nach Tschechien fahren kann, ist man schnell noch einmal in einer solchen neuen Welt. Sie war die ganze Zeit da, nur wir, Kinder des Kalten Krieges, haben uns einfach nicht hinübergetraut. Ich kann mich erinnern, als wir das erste Mal über das Brückerl gefahren sind: Drei Kilometer – andere Sprache, andere Währung. Für die Tschechen ist das der Süden, wie für uns Kärnten und alles ist 20 Jahre zurück – Vespafahren und Beachvolleyball.

Tamara Metelka: Die unberührte Natur - es schaut aus wie bei Pan Tau.

PARALLELWELT DORF INTERVIEW

Nicholas Ofczarek: Das ist super: einfach in eine Parallelwelt reisen und in der Parallelwelt noch in ein andere schauen. So gesehen, bin ich keine Rolle, aber jemand anderer. Der Wechsel und das Gefühl sind definitiv da.

Wie wirkt sich Ihr Kontakt mit dem Landleben auf Akzente und Dialekte, Gehabe aus? Beeinflusst das vielleicht auch Rollenbilder, die Sie auf der Bühne verkörpern?

Nicholas Ofczarek: Man beobachtet das. Der durchschnittliche Waldviertler ist nicht so gesprächig zu Fremden, zu uns schon mittlerweile. Ich finde es so angenehm da oben, weil es so unwichtig ist, wer man ist und was man ist.

Tamara Metelka: Man wird nicht blöd angeschaut. Es ist auch angenehm, wo zu sein, wo es weniger Menschen gibt. Spazierengehen ohne jemanden zu treffen, hat genauso seinen Reiz wie in Wien am Graben zu gehen und in die Menschenmenge einzutauchen. Mit 12, 13 Jahren bin ich stundenlang alleine im Wald spaziert. Irgendwann hat jemand erzählt, dass aus Tschechien Bären kommen, dann war ich furchtsam bei jedem Geräusch.

Wölfe sind ja jetzt wieder entdeckt worden bei Allentsteig.

Tamara Metelka: Einen Wolf werden wir vermutlich nie sehen, aber Wildschweine gibt‘s eine Menge, und auch Füchse. Außerdem haben wir ein Fischotter-Problem. Das wird heftig diskutiert. Ein Fischzüchter hat uns erzählt, dass ein Fischotter teilweise bis zu 30 Prozent der Karpfen vernichtet. Andererseits ist der Otter ein streng geschütztes Tier. 500 bis 600 gibt es in ganz Niederösterreich und 40 bis 60 sind jetzt „zum Entnehmen“ freigegeben. Das wird sehr kontrovers aufgenommen, vor allem wenn man die beiden süßen Exemplare aus der Unterwasserwelt in Schrems gesehen hat.

Nicholas Ofczarek: Ich habe gelesen, dass das Wild scheinbar die Grenze weitervererbt hat. Die Rehe leben noch die Revier-Einteilung aus der Zeit des Eisernen Vorhangs.

Wie viel hat das Leben dort mit jenem, das in „Braunschlag” gezeigt wird, gemeinsam?

Nicholas Ofczarek: Braunschlag ist Fiktion, es kann so aber überall in Österreich stattfinden. David Schalko ist ja Litschauer und Nina Proll stammt aus Haugschlag. Es geht nicht darum, eine Realität abzubilden, sondern um einen abgeschiedenen Teil Österreichs.

Tamara Metelka: In Braunschlag geht es um jenes Thema, das Sie vorhin beschrieben haben.

Die Landflucht? Die ist aber zumindest nicht fiktiv. Jüngste Studien warnen davor, dass bis

zum Jahr 2030 ganze Regionen bis zu zehn Prozent ihrer Einwohner verlieren werden. Sie strömen in die städtischen Ballungsräume, allen voran nach Wien. Die Bundeshauptstadt wächst jährlich um die Einwohnerzahl von St. Pölten. Ist der erwähnte sanfte Tourismus das Marienwunder in Litschau?

Tamara Metelka: Ich würde schon sagen. Zum Beispiel fährt seit zehn Jahren die Schmalspurbahn den ganzen Sommer wieder als Tourismusattraktion: 150 Meter nach Litschau bleibt sie schon stehen, da steigt der Wirt ein und verkauft Bier und Cornetto. Als ich ein Kind war, sind wir mit dem Zug von Wien nach Gmünd und dann mit dieser Lilliputbahn durch die Auen weiter. Da ist sie noch als normales Verkehrsmittel gefahren.

Dass sie eingestellt wurde, war eine Katastrophe für uns, die wir dort halb zuhause waren. Ein Teil der Identität wurde gekillt durch die Einsparungen.

Vor vielen Jahren haben Sie in Nestroys "Freiheit in Krähwinkel" gespielt – ein Sittenbild auf die 1848er-Revolution, in dem sich die Bewohner des fiktiven Dorfs auflehnen. Wie viel Bürgerbeteiligung, Einbringung und Mitbestimmung braucht es? Ist man in der Dorfgemeinschaft gefühlt nicht sowieso näher am demokratischen Prozess?

Nicholas Ofczarek: Das war eine Inszenierung von Castorf, der hat ja das Stück nicht so erzählt wie es dasteht, sondern versucht den Nestroy'schen Anarchismus anders zu zeigen. In Litschau und der sogenannten Katastralgemeinde Hörmanns habe ich in die Gemeindepolitik wenig Einblick. Allgemein gesprochen ist ein demokratischer Prozess überall, auch im Kleinen, wichtig.

Tamara Metelka: Er findet wahrscheinlich auf ganz anderen Ebenen statt. Es gibt Anhörungen, man trifft sich zum Beispiel im Feuerwehrhaus, um ein Problem zu besprechen. Das ist in einer anonymen Großstadt wie Wien überhaupt nicht möglich. Wenn ein Thema mich betreffen würde, würde ich auch hingehen.

Was wäre das zum Beispiel?

Nicholas Ofczarek: Windräder.

Tamara Metelka: ... ein Handymast war unlängst im Gespräch.... Ich verstehe das Problem der Erreichbarkeit, allerdings sind die Auswirkungen der Masten immer noch nicht ausreichend untersucht. Es ist gut, dass man in kleinen Gemeinschaften viel mitbekommt und zumindest das Gefühl hat mitbestimmen zu können. Das habe ich in Wien nicht so sehr.

Im langen Wahlkampf zur Bundespräsidentschaft war oft von der Spaltung der Gesellschaft die Rede.

Tamara Metelka: Ich glaube, dass Wien mehr gespalten ist.

PARALLELWELT DORF INTERVIEW

Viele sehen selten die Chance, sich zu artikulieren, außerhalb von Hasspostings im Netz. Ich könnte mir vorstellen, dass in einer kleineren Dorfgemeinschaft wie Hörmanns aktuelle Dinge besser durchdiskutiert werden, dass man Leute eher überzeugen kann. In der Flüchtlingsdebatte haben die Menschen in Litschau mehr mitgekriegt.

Wissen Sie, wie viele Flüchtlinge in Litschau untergebracht sind?

Tamara Metelka: Momentan sind es etwa 100 Flüchtlinge bei einer Einwohnerzahl von circa 3.000. Es gibt Leute, die sehr intensiv helfen und solche, die schimpfen. Meiner Meinung nach spaltet sich die Gesellschaft aber durch Anonymität und das Festfrieren in nicht diskutierten Positionen.

Nicholas Ofczarek: Unterschiedliche Meinungen sind ja nicht schlimm. So lang man miteinander redet, ist es keine Spaltung.
Tamara Metelka: In Wien war ich mit Meinungsextremen konfrontiert. In Litschau ist ein gesunder Menschenverstand am Werk, das ist eher ein Abwarten und Schauen. Dort habe ich mit manchen Leuten intelligenter sprechen können als in Wien, allerdings habe ich mich auch nicht an den Stammtisch gesetzt. Dadurch, dass jeder jeden kennt, läuft die Kommunikation einfach anders. Wenn ich ein Flüchtling wäre, wäre ich lieber in Litschau untergebracht als in Wien. Vielleicht hätte ich dort eher das Gefühl, mich in eine Gemeinschaft integrieren zu können.

Nicholas Ofczarek: Der Dorfzahnarzt in Litschau ist übrigens Syrer. Der ist schon seit 20 Jahren dort und so etwas wie ein Bindeglied, gibt Deutschkurse und macht viel Integrationsarbeit.

Wie läuft die so?

Tamara Metelka: Von den ersten 50 Flüchtlingen, die nach Litschau gekommen sind, konnten sich einige sehr gut integrieren. Viele spielen mit dem Gedanken, im Waldviertel zu bleiben und dort einen Job zu finden. Vor kurzem gab es einen Artikel darüber in der Gemeindezeitung.

Wie oft sind Sie jetzt eigentlich in Hörmanns?

Nicholas Ofczarek: Ich fahre oft für eine Vorstellung ins Burgtheater und dann wieder zurück.

Tamara Metelka: In New York pendeln viele mit dem Zug jeden Tag von außerhalb in die Stadt. Die leben so.

Nicholas Ofczarek: Jo, muass ma oba ned. Mir is ja recht, dass es so weit weg ist.

Wenn gar zu viele Wiener raufkommen, ist es gar nicht mehr so ruhig, hm?

Tamara Metelka: Ich überlege, wie wir unser berufliches Leben

Juliane Fischer
freie Journalistin

PARALLELWELT DORF INTERVIEW

gestalten könnten, damit wir öfter oben sein könnten: Wie kann ich drei Tage in Wien und vier Tage im Waldviertel verbringen? In Nordamerika ist es selbstverständlich zwei Stunden bis zum Arbeitsplatz zu fahren. Unsere Verwandten in Kanada meinen, sie wohnen nah beieinander, dabei sind das zehn Autostunden. Das sind ganz andere Distanzen.

Nicholas Ofczarek: Ich könnte ohne Stadt leben. Ich könnt' die ganze Zeit am Land leben. Kein Problem. Du nicht, gell?

Tamara Metelka: Ganz ohne Stadt geht es nicht. Aber je älter ich werde, desto mehr Natur brauche ich. Im Wiener Innenstadtbezirk gibt es kaum Grün, nur unseren kleinen Balkon. Wenn ich zwei, drei Wochen nicht im Waldviertel bin, werde ich unruhig. Freitagabend rauf und Sonntagabend zurück: Das ist eigentlich das Schönste.

Juliane Fischer, *29, schreibt als freie Journalistin für die Tageszeitung „Die Presse", die Wochenzeitungen „Die Furche" und „Falter", sowie für diverse Magazine wie „Biorama", „The Gap" und „Lebensart".*

Wie Nicholas Ofczarek würde sie über sich sagen: wohnt in Wien, lebt in Niederösterreich.

2016 wurde Juliane Fischer vom Branchenmagazin „Der österreichische Journalist" unter die „Besten 30 unter 30" gewählt

Johannes Gutmann
Gründer von SONNENTOR

WARUM REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE DIE ZUKUNFT SIND

Als ich am 1.8.1988 mein Unternehmen im Waldviertel gründete, dachte ich nicht eine Sekunde darüber nach, mich an einem anderen Ort anzusiedeln. Einerseits, weil ich ein geborener Waldviertler bin. Andererseits, weil diese Gegend alles bietet, was ich für meinen unternehmerischen Erfolg brauche. Natürlich ist nicht immer alles Gold, was glänzt. Das Gras auf der anderen Seite des Hügels wirkt meistens grüner. Dennoch bin ich überzeugt, dass dieses Fleckchen Erde unendlich viele Möglichkeiten bietet. Man muss manchmal nur etwas genauer hinsehen. Und das tat ich, als ich mich entschloss, im Herzen des Waldviertels die Sonne für mich zuerst und dann auch für viele andere lachen zu lassen.

Meine Vision war es, meine Heimat auch den Menschen in der Stadt näherzubringen und sie dafür zu begeistern. Und da Liebe bekanntlich durch den Magen geht, war es für mich naheliegend, das Waldviertel durch seine kulinarische Vielfalt nach außen zu tragen. Genauer gesagt, durch seine Kräuter. Lange Zeit als Unkraut verpönt, standen sie für mich wie kaum etwas anderes für Genuss, Gesundheit, Lebensfreude und ein gutes Leben. Und somit war die Idee von SONNENTOR geboren.

Vom Spinner zum Winner

„Der spinnt!“, waren die ersten Reaktionen meines Umfelds. Die Geschichte sollte jedoch zeigen, dass ich auf dem richtigen Weg war. Die Idee war gefunden, nur umsetzen konnte ich sie nicht alleine, denn vom Anbau der Kräuter hatte ich keine Ahnung. Zum Glück ist das Waldviertel aber reich an Menschen, die die Böden und ihre Schätze wie ihre Westentasche kennen. Diese Bauern wollte ich überzeugen, für mich qualitativ hochwertige, biologische Kräuter anzubauen und Teemischungen daraus herzustellen. Das Ziel war, dass nicht nur ich, sondern auch die Bauern gut davon leben können. Als bloße Rohstofflieferanten wäre es den Bauern mit den nicht gerade üppigen Erträgen der Waldviertler Böden mehr schlecht als recht ergangen. Wenn sie die Produkte jedoch selbst veredelten und Tee- und Gewürzmischungen daraus herstellten, würde es mit dem Ertrag schon besser ausschauen. Ich schlug ihnen eine Kooperation vor. Die Bauern bauen die Kräuter an, ernten und trocknen sie. Dann mischen sie Tees und Gewürze nach meinen Rezepturen ab, verpacken und etikettieren sie noch am Hof. Ich würde sie unter dem Logo der lachenden Sonne verkaufen – so konnte jeder seine Kompetenzen ausspielen. Denn ich war schon seit jeher ein weltoffener Mensch, der gerne von Tür zu Tür ging und mit den Menschen plauderte. Und genau das machte ich dann auch. Ich tingelte von Bauernmarkt zu Bauernmarkt und pries die hochwertige Ware an. Lange Zeit war ich als „One-Man-Show“ fast rund um die Uhr unterwegs. Es sollte sich

ANBAUPROJEKTE
Import

WARUM REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE DIE ZUKUNFT SIND

bald bezahlt machen, doch aller Anfang war schwer.

So wurde SONNENTOR mit jedem Jahr bekannter. Die Umsätze wuchsen, ebenso wie die Zahl der Bauern, die für mich biologische Kräuter anbauten. Diese Erfolgsgeschichte führen wir bis heute fort. Inzwischen zählen rund 350 Mitarbeiter in Österreich zur SONNENTOR-Familie. Mehr als 200 Bauern beliefern uns auf über 1.000 Hektar Anbaufläche in Österreich und Deutschland. Die drei Ursprungsbauern von damals zählen übrigens immer noch dazu. Denn lange und faire Partnerschaften machen sich auf Dauer bezahlt.

Dass sich SONNENTOR so prächtig entwickelt hat, verdanke ich nicht nur meiner Idee und meinem Ehrgeiz, diese umzusetzen. Ohne das Waldviertel, seine hervorragenden Ressourcen und die fleißigen Menschen hier, hätte sich meine Firma nie so entwickeln können. Ich bin überzeugt, dass die Wahl meines Standortes sehr viel mit meinem Erfolg zu tun hat.

„Unternehmer werden ist nicht schwer, Unternehmer bleiben dagegen sehr!“

Die Gründung von SONNENTOR war nicht so schwierig, aber in strukturschwachen Regionen, wie dem Waldviertel, liegen viele Steine am Weg zum Erfolg. Viele Betriebe haben das Waldviertel verlassen, um woanders in erster Linie billiger zu produzieren. Dieses Verhalten aus der Vergangenheit hat wesentlich zum schlechten Image von Unternehmern am Land beigetragen und wirkt sich natürlich auf die Stimmung in den Gemeinden aus. Förderheuschrecken ziehen weiter.

In Sprögnitz fand ich jedoch einen Ort, in dem ich tiefe Wurzeln schlagen konnte und in der sich meine Firma in Ruhe entfalten konnte. Auf extra großen Zuspruch bin ich auch hier zu Beginn nicht gestoßen. Nachbarschaftshilfe war im Dorf hervorragend und das hat mir auch am meisten geholfen! Für Wirtschaftsförderung hatte ich zu Beginn nicht die richtigen Kontakte, wurde ich doch als „grüner Spinner“ im Schwarzen Meer mit meiner alten Lederhose schubladisiert. Ich musste umso mehr an mich selbst und an mein Unternehmen glauben. Und genau das habe ich auch getan. Mit harter Arbeit konnte ich so nach und nach meinen Weg gehen. Ohne die Unterstützung meiner Eltern und später auch von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wäre mir das nicht so gut gelungen. Das Waldviertel war damit nicht sexy als Unternehmensstandort, keine größeren Städte, lange Anfahrt zur nächsten Autobahn und wenige Bahnverbindungen. Zum Glück gab und gibt es aber mutige Unternehmen, die sich allen Unkenrufen zum Trotz trauten, ein Risiko einzugehen, so auch ich. Inzwischen werden Unternehmensgründungen als

DAS LIEGT SONNENTOR AM HERZEN

100 % BIO
Jede Rohware wird im Labor auf mehr als 500 Rückstände untersucht.

CO_2-neutral
Sämtliches CO_2 wird durch Aufbau von Humus kompensiert.

Palmölfrei
Produkte sind zu 100 % frei von Palmöl.

Direkter Handel

Handarbeit
Tees und Gewürze werden in Handarbeit abgepackt und etikettiert.

Nachhaltig
Verpackung ohne Plastik mit kompostierbaren Folien aus Holzfaser.

WARUM REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE DIE ZUKUNFT SIND

wichtige wirtschaftliche Faktoren begrüßt – denn sie schaffen Arbeitsplätze und Einkommen. Sich regen bringt Segen! Unternehmen speziell mit regionalen kulinarischen Angeboten punkten immer öfter mit Glaubwürdigkeit und Authentizität. Damit entsteht Wertschöpfung mit Wertschätzung und damit eine neue Identität fürs Land.

Herausforderung für Unternehmen am Land

Infrastruktur ist nach wie vor oft fehlend. Speziell im Waldviertel gibt es viele Landstriche, die sehr dünn besiedelt sind. Das wirkt sich natürlich auch auf die Qualität der Straßen, auf die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel sowie auf so banale Dinge wie ein funktionierendes Mobilfunknetz aus. Mit Strom, Wasser, Abwasserreinigung, Breitband, Schneeräumung geht's weiter. Als Bio-Lebensmittelhändler lebe ich davon, meine Waren so vielen Kunden wie möglich zu verkaufen. Dafür muss ich es jedoch erst schaffen, meine Produkte der weiten Welt zugänglich zu machen.
Der Aufbau einer vernünftigen Infrastruktur hatte für mich also von Anfang an oberste Priorität in Sprögnitz. Der alte Bauernhof, den ich 1992 ankaufen konnte, glich damals einer Ruine. Stein für Stein baute ich ihn neu auf. Mit jedem Jahr kam ein Fleckchen dazu. 2015 tätigten wir schließlich die größte Investition unserer Firmengeschichte – die Halle „Überdrüber". Insgesamt haben wir mittlerweile 14.500 m² Lager- und Produktionsfläche. Inzwischen verfügen wir über eine eigene unabhängige Wasserquelle, genügend Strom, haben 50 Prozent der örtlichen Abwasseranlage übernommen und das fehlende Kupferkabel für Telefon im Ort mit einem eigenen Breitbandanschluss, mit Hilfe der Firma Kabel plus, verstärkt. Zusätzlich nützen wir viele Leerfahrten von Speditionen zurück zur Autobahn, um unsere über 20.000 Paletten im Jahr zu versenden. Ein fast gratis Autobahnanschluss mitten im Waldviertel!
Auch der demographische Wandel der letzten Jahrzehnte und die damit einhergehende Abwanderung der Bevölkerung führen in vielen Regionen zu schwierigen Rahmenbedingungen. Doch je mühsamer es mitunter sein mag, Mitarbeiter am Land zu finden, desto schöner ist es dann, wenn es gelingt. Die Menschen am Land sind fleißig, engagiert und sehr mit ihrer Gegend verbunden. Bessere Mitarbeiter kann man in den Städten kaum finden. Inzwischen haben wir es sogar geschafft, dass einige Abwanderer aus Wien wieder zurück ins Waldviertel gezogen sind. Damit das gelingt, muss man seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aber auch einiges bieten. Wie sagt man so schön: Wenn der Berg nicht zu dir kommt, dann musst du zum Berg kommen. Und genau so sind wir vorgegangen. In unserer unmittelbaren Umgebung gab es damals keine Möglichkeiten für die Mitarbeiter, sich in der

WO ES SONNENTOR-PRODUKTE ZU KAUFEN GIBT

In über 4.000 Geschäften weltweit:
Im Bio-Fachhandel, in Reformhäusern, Apotheken, in den SONNENTOR-Geschäften (teilweise Franchise / teilweise eigengeführt) und im SONNENTOR-Online-Shop.

IN DREI LÄNDERN GIBT ES SCHON EIGENE SONNENTOR-FILIALEN:

ÖSTERREICH
KREMS
ST. PÖLTEN
SPRÖGNITZ
ZWETTL
WIEN AUHOF CENTER
WIEN NEUBAUGASSE
WIEN MILLENIUM CITY
WIEN WOLLZEILE
WIEN LANDSTRASSE
WIENER NEUSTADT
WIENER NEUSTADT FISCHAPARK
LINZ LENTIA CITY
LINZ HERRENSTRASSE
LINZ PLUSCITY
WELS
GRAZ
SALZBURG
KLAGENFURT
INNSBRUCK
ALTACH
KITZBÜHEL

DEUTSCHLAND
REGENSBURG
MÜNCHEN
DRESDEN

TSCHECHIEN
ČEJKOVICE
BRÜNN

WARUM REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE DIE ZUKUNFT SIND

Mittagspause zu verpflegen. Von Anfang an haben wir unsere eigene Betriebskantine geschaffen. Bis heute wird täglich am Standort Sprögnitz gekocht – und zwar bio, frisch und kostenlos. Ein weiterer wichtiger Punkt, der bei einer Frauenquote von 70 Prozent im Unternehmen nicht zu unterschätzen ist, ist die Betreuung der Kinder unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In unserer betrieblichen Tagesbetreuung, dem SONNENSCHEINCHEN, werden unsere Kinder von drei Pädagoginnen begleitet. Das nimmt eine große Last von unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die sich so ganz auf die Arbeit konzentrieren können. Außerdem ermöglicht es unseren Mitarbeiterinnen, rasch nach der Karenz wieder ins Arbeitsleben einzusteigen.

Vorteile erkennen und Verantwortung übernehmen

Wir sind unseren Bio-Kräuterbauern sehr nahe. Durch die ländliche Verbundenheit fällt es uns viel leichter, die persönlichen Beziehungen zu unseren Vertragsbauern zu pflegen und die Qualität der Kräuter zu begleiten. Gleichzeitig sind Grund und Boden verfügbar und die Preise leistbar. Es zeigt sich also, dass neben all den Herausforderungen, die eine Unternehmensgründung am Land mit sich bringt, auch vieles für den Erhalt und den Ausbau von ländlichen Strukturen spricht.

Aus diesem Grund sehen wir bei den Unternehmen und somit auch bei uns eine regionale Verantwortung. Deshalb setzen wir auch bei unseren Zulieferbetrieben, Bauunternehmen und Handwerkern auf regionale sowie nachhaltige Anbieter. Rund 90 Prozent unserer Möbel für Büroausstattung und Ladenbau werden bei regionalen Tischlern bezogen. Insgesamt haben wir rund 40 Millionen Euro in unseren ländlichen Standort am Dorf investiert – ein Betrag der Betrieben und Partnern in der Region zugutegekommen ist. Auch unser touristisches Angebot, das TOP-Ausflugsziel „SONNENTOR Erlebnis“ unterstützt die regionale Wertschöpfung. Wir haben jährlich rund 50.000 Gäste im Kräuterdorf Sprögnitz. Viele von ihnen verweilen gerne länger im Waldviertel und statten auch anderen Betrieben einen Besuch ab. Dadurch werden weitere Arbeitsplätze im Waldviertel gesichert und geschaffen. Regionalität, Wertschöpfung und Arbeitsplätze gehen Hand in Hand mit Kooperationen. Wir gehen mit gutem Beispiel voran.

Kreisläufe fördern und Ressourcen nutzen

Ich wollte aber noch einen Schritt weiter gehen. Aus diesem Grund hat SONNENTOR im vergangen Sommer einen eigenen Bio-Bauernhof eröffnet. Am „Frei-Hof“, dem Nachbarhof unseres Bio-Gasthauses „Leibspeis“, wird selbstverständlich auf den Einsatz von chemischen Hilfsmitteln verzichtet und

WARUM REGIONALE WIRTSCHAFTSKREISLÄUFE DIE ZUKUNFT SIND

basierend auf den Prinzipien der Permakultur wird an der Mitgestaltung einer vielfältigen kleinstrukturierten Kulturlandschaft und eines zukunftsfähigen Lebensraumes gearbeitet. Ziel ist es, geschlossene ökologische Kreisläufe zu schaffen und so ressourcenschonend und so nachhaltig wie möglich zu wirtschaften. Auf rund sechs Hektar Eigengrund bauen wir mit vielen neuen und alten Ideen Fruchtbarkeit und Zukunft in der Landwirtschaft auf. Es gibt Versuchsflächen für Kräuteranbau, um eine kompetente Beratungsgrundlage für unsere Anbaupartner zu schaffen.

Die Ernte wird in der SONNENTOR Betriebsküche sowie in der "Leibspeis" verwendet. Somit trägt das Projekt zur gesunden Ernährung der Mitarbeiter bei und Gäste des Bio-Gasthauses können höchstmögliche Regionalität bei den Speisen genießen und erleben. Durch dieses Projekt sollen regionale Strukturen weiter gefördert und gestärkt werden. Nachmachen erwünscht!

Damit wurde ich zu einem der erfolgreichsten Unternehmer Österreichs, habe in Tschechien, Rumänien und Albanien mit Partnern Tochterunternehmen gegründet. Wurde als Landwirtssohn zum Betriebswirt, Franchise-Gastwirt, Kindergartenhalter und Bio-Bauern. Was jetzt noch fehlt zum runden Glück ist ein eigenes, verrücktes Übernachtungskonzept.

Freut euch drauf und schaut bei SONNENTOR vorbei, da wächst die FREUDE, auch wenn der Bürgermeister nicht immer motivierend hinter uns gestanden ist.

Aus dem Spinner wurde ein beneideter Winner, das ist die höchste Anerkennung als Unternehmer in Österreich, noch dazu am Land! Danke dem Land Niederösterreich, das macht Freude.

Johannes Gutmann, *53, 1988 gründete der Bio-Pionier die SONNENTOR Kräuterhandels GmbH im Waldviertel. Heute beschäftigt er rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zeigt, dass es sich lohnt, für seine Visionen zu kämpfen. Faire Bezahlung und der wertschätzende Umgang mit allen Partnern sind gelebte Firmenphilosophie.*

Andreas Haitzer
Bürgermeister der Gemeinde
Schwarzach im Pongau

WIE DIE POLITIK MICH FAST KAPUTT GEMACHT HÄTTE

Endlich zu Hause! Das Garagentor öffnet sich, ich fahre das Auto hinein und gehe ins Haus. Die Uhr zeigt bereits 22:45 Uhr. Alle Lichter sind aus, meine Frau und meine Tochter schlafen bereits. Einige Punkte sind für morgen noch vorzubereiten. Müde gehe ich zur Kaffeemaschine, drücke den Knopf und lasse den Tag ein wenig Revue passieren.

…….Vormittag in der Gemeinde. Besprechungen zur Vorbereitung für die Revision des Flächenwidmungsplanes. Danach kam eine junge Familie zu mir. Diese wohnt in einer kleinen 2-Zimmer-Wohnung und benötigt dringend eine Wohnung mit einem Kinderzimmer. Ich erklärte kurz das Vergabeprozedere, musste sie aber gleichzeitig wegen der bereits vorhandenen Wohnungsansuchen und der damit verbundenen Wartezeit vertrösten. Wir haben keine Wohnungen in Reserve. Im Anschluss eine kurze Besprechung im Gemeindeamt. Beim Gedanken an den auf den nächsten Tag verschobenen Gratulationstermin zur goldenen Hochzeit macht sich schlechtes Gewissen in mir breit. Das hab ich nicht mehr geschafft.
Nach einer nebenbei hinuntergeschlungenen Wurstsemmel (Mittagessen, was ist das?) war ich schon am Weg nach Salzburg. Gott sei Dank hatte ich mir die Themen für die Naturfreundesitzung schon am Vorabend in Erinnerung gerufen und die Details und Daten vorbereitet. Über drei Stunden dauerte die Sitzung des Landesvorstandes. Mit etwas Verspätung kam ich zur ASKÖ-Sitzung. Heute keine großen Themen. Der fünfte oder sechste Kaffee hielt mich einigermaßen wach.
Um 21:50 Uhr Ende der Tagesordnung und ich machte mich auf den Heimweg ……

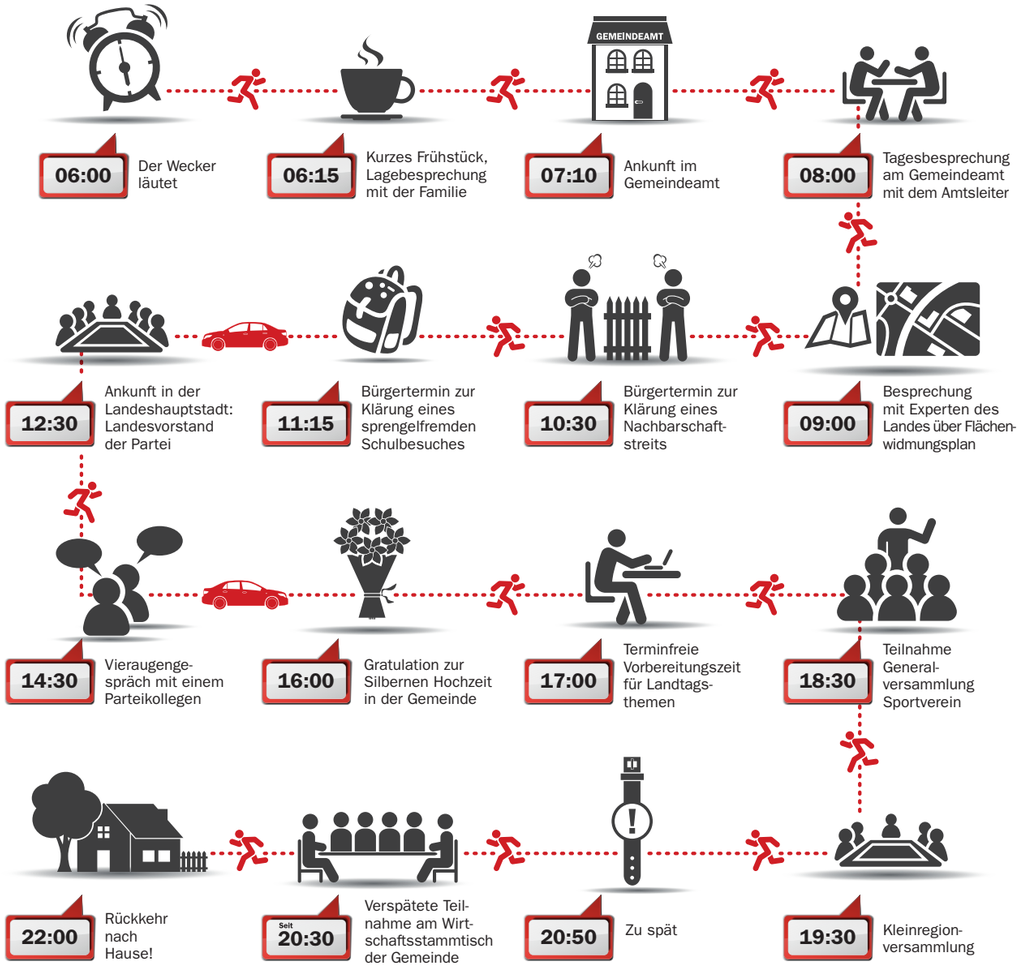
Mit dem Häferl in der Hand hab ich am PC Platz genommen, schaue meinen Terminkalender durch und bereite die Themen für den nächsten Tag vor. Landtagssitzung! Zwei wichtige Themen stehen an. Als Gemeinde- und Verkehrssprecher gebe ich mir keine Blöße und bin bei meinen Themen natürlich sattelfest.

Fünf Minuten Redezeit ist eigentlich nicht lange, aber die Vorbereitung nimmt doch einige Zeit in Anspruch. Es ist bereits nach Mitternacht als ich fertig bin. Nachdem die Landtagssitzungen meist bis in den Abend dauern, kontrolliere ich auch noch den Terminplan für übermorgen. Die hinterlegten Termine und damit verbundenen Themenbereiche haben noch bis morgen Abend Zeit. Alles abgespeichert und den PC runtergefahren.

Nach der Abendtoilette auf ins Bett. Es ist 2:30 Uhr, ich werde wach. Grade mal zwei Stunden geschlafen. Unruhig wälze ich mich im Bett und kann nicht mehr einschlafen. Gedanken an den nächsten Tag gehen mir durch den Kopf. Hab ich auch nichts vergessen, alle Themen vorbereitet?
Um 3:15 Uhr schaue ich wieder auf die Uhr … schlafen …

EIN TAG WIE JEDER ANDERE...

Bürgermeisteralltag



WIE DIE POLITIK MICH FAST KAPUTT GEMACHT HÄTTE

Der Wecker läutet, es ist 6:00 Uhr. Meine Frau hat schon Kaffee gekocht. Wir genießen die kurze gemeinsame Zeit und ich erzähle im Telegrammstil vom gestrigen Tag. Isa, unsere Tochter, fragt dazwischen. Sie bekommt eine pampige Antwort von mir und ich ärgere mich sofort über mich selbst. Sie kann doch gar nichts dafür, dass ich unausgeschlafen bin. Zeitgerecht rein ins Auto und Richtung Salzburg. Die Landtagssitzung verläuft ohne nennenswerte Zwischenfälle. Bis ich allerdings wieder zu Hause bin, stehen die Uhrzeiger schon wieder auf 21:25 Uhr.

So vergehen die Tage, die Wochen, die Monate. Zeit zum Ausspannen ist rar. Abende, an denen ich zu Hause bin, sind selten geworden. Am Wochenende sitze ich in meinem Büro im Gemeindeamt und arbeite die Themen ab, die ich wochentags nicht schaffe. Die Schlafstörungen werden mir allmählich bewusst. An meinen Reaktionen und an meinem Handeln merke ich, dass ich langsam eine Grenze überschreite, die an die Substanz und damit auch an die Gesundheit gehen könnte. Schlechte Laune, wenig Toleranz, müde Augen … Nur einige der Zeichen, die ich erkenne. Alles Vorboten, die ich aus meiner Erfahrung in der Gesundheitsprävention kenne. Die Vielzahl an Ehrenämtern und Funktionen wird mir bewusst. Landesvorsitzender der Naturfreunde Salzburg, Vizepräsident des ASKÖ Salzburg, Mitglied im Vorstand des Salzburger Gemeindeverbandes, Mitglied im Landesparteivorstand, im Bezirksparteivorstand und im Regionalverband, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter und diverse kleine Funktionen!

Es wird Zeit, dringend Zeit hier etwas zu verändern. Aber was?

Es ist ein Novemberwochenende, an dem ich mit meiner Frau über all meine Gedanken zu diskutieren beginne. Meine Gefühle, meine körperliche Erschöpfung, meine Sorgen. Was ist die Ursache? Warum bin ich in diese Situation gekommen? Sehr engagiert, immer bereit mitzuarbeiten, viele Ideen. Das Ergebnis daraus ist, dass immer wieder Anfragen kommen, ob ich nicht in der Organisation mitarbeiten, mich ein wenig mehr einbringen möchte. Es ist ja eigentlich immer ein Kompliment, ich freue mich, bin auch stolz, dass meine Arbeit und/oder Mitarbeit gern gesehen wird.

Und doch ist da die unsichtbare Gefahr. „Nein“ sagen kenne ich nicht. Und jetzt, ausgebrannt, keine Leistung mehr, der „Motor“ läuft ständig im roten Bereich. In Absprache mit meiner Frau entscheiden wir uns, die Situation noch ein wenig zu beobachten. Wie verändert sich der Terminplan? Ist die Dichte der Arbeit nur kurzzeitig oder dauerhaft?

Nach einigen Wochen ist klar, dass sich die Situation nicht bessern wird. Der Tag hat nur 24 Stunden, die Woche nur sieben

Schwarzach im Pongau

WIE DIE POLITIK MICH FAST KAPUTT GEMACHT HÄTTE

Tage. Der Körper benötigt Zeit zum Ausruhen und auch die Familie hat ein Recht auf Zeit, auf Gemeinsamkeit. So entschließe ich mich in Absprache mit meiner Frau, all meine Funktionen, die nicht unmittelbar mit der Gemeinde in Verbindung stehen, zur Verfügung zu stellen.

Das Amt des Bürgermeisters und damit in Verbindung die Bürgermeisterkonferenz, der Regionalverband, der Reinhalteverband und der Aufsichtsrat in der ZEMKA (Zentrale Müllklärschlammverwertungsanlagen) waren und sind mir sehr wichtig und stehen nach wie vor im Fokus. Diese Aufgaben will ich auch weiterhin ausführen.

Angeschlagen und mit sehr viel persönlicher Emotion habe ich bei den anderen Funktionen und Aufgaben die Reißleine gezogen. Gott sei Dank wurde mir viel Verständnis entgegengebracht.

Jetzt nach etwas mehr als zwei Jahren im Rückblick kann ich nur eines sagen: Es war die richtige Entscheidung. Es dauerte knapp sechs Monate bis ich wieder durchschlafen konnte, ich hab Zeit für meine Hobbys und vor allem wieder Zeit für die Familie. Ein paar Schritte zurück, etwas kürzer zu treten, bedeutet eigentlich, dass man einige riesige Schritte nach vorne gemacht hat.

Andreas Haitzer, *49, seit 2008 Bürgermeister der Salzburger Marktgemeinde Schwarzach. Von 2013 bis 2015 war er Abgeordneter im Salzburger Landtag. Lebensmotto: Wir haben die Welt nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen.*

Lisa Stadler
Social-Media-Managerin

ALS GEMEINDEPOLITIKER/IN AUF FACEBOOK
CHANCEN UND TÜCKEN

1. Facebook und Co. - kann ich mir das nicht sparen? Die Grundsatzfrage

Wir schreiben das Jahr 2017 und was die Meinungen zur professionellen Nutzung von Social Media betrifft, gibt es immer noch eine Polarisierung. „Meine Gemeinde hat bis heute einwandfrei ohne Facebook funktioniert. Unternehmen wie Red Bull oder Swarovski, klar können die das gut für sich nützen, aber ich in meinem Ort habe keine Zeit und auch kein Geld dafür“, sind naheliegende Gedanken für jene, die sich tagtäglich für ein gutes Zusammenleben in ihrer Gemeinde engagieren. Damit wollen wir es hier aber nicht bewenden lassen, schließlich gibt es einige Argumente und Beispiele, die zu weiteren Überlegungen anregen.

Eine einzelne Zahl sagt schon viel aus: 3,7 Millionen. So viele Menschen sind derzeit in Österreich auf Facebook registriert, ein sehr großer Teil davon schaut fast jeden Tag auf dieser Plattform vorbei. Aber wer sind diese 3,7 Millionen? 3,1 Millionen, also sehr viele davon, sind zwischen 14 und 49 Jahre alt, Männer und Frauen sind genau 50:50 dort vertreten. Kinder und Ältere sind zwar auch schon oft online, aber eher auf anderen Plattformen aktiv oder nützen das Internet sporadisch und für spezifische Zwecke. Wenn man also darüber nachdenkt, wie und was man auf Facebook kommunizieren soll, hilft es, die Demografie im Hinterkopf zu haben.

Dass so viele ÖsterreicherInnen auf Facebook sind, hat in den letzten Jahren auch dazu geführt, dass immer mehr Unternehmen und öffentliche Personen dort aktiv sind.

Dieser Domino-Effekt hat wiederum mehr NutzerInnen angezogen und heute haben offizielle Facebook-Seiten in vielen Fällen Webseiten abgelöst und auch Kundenanfragen erfolgen immer öfter in sozialen Netzwerken.

Es ist keine Übertreibung, zu sagen, dass Social Media 2017 so normal wie E-Mail ist. Der Austausch mit den BürgerInnen kann in Gemeinden auch ohne Facebook und Co. funktionieren, aber sie dort zu erreichen, wird immer einfacher und bei richtiger Kommunikation können die Vorteile die Nachteile bei Weitem überwiegen.

2. Eine Frage des Aufwands

„Aber ist das nicht wahnsinnig viel Arbeit?“, mag eine Frage lauten, wenn man sich überlegt, ob sich der Aufwand auszahlt, als PolitikerIn auf Facebook aktiv zu werden. BürgermeisterInnen können wahrscheinlich alle ein Handbuch im Multitasking verfassen – und zwar im Schlaf. Der tägliche Austausch mit Behörden, InteressensvertreterInnen, BürgerInnen, ständig unterwegs in der Region und womöglich auch noch ein weiterer Beruf und Familie – da ist Zeit ein kostbares Gut. Auf den ersten Blick ist da ein zusätz-

liches To-do wie das Betreuen von Social-Media-Auftritten für die Gemeinde eine Herkulesaufgabe. Zu Beginn bedeutet das zugegebenermaßen auch einen Mehraufwand, denn das Implementieren von neuen Kommunikationskanälen und eventuell auch das Einschulen von MitarbeiterInnen ist einfach Arbeit.

Wenn aber ein wenig Routine einkehrt, kann ein Posting auf Facebook PolitikerInnen jedoch sehr viel Arbeit ersparen: Dadurch, dass in kurzer Zeit ein Teil der Gemeinde erreicht werden kann, wird der Austausch erleichtert. Ein simples Beispiel: In meiner Heimatgemeinde Mautern in der Obersteiermark gab es ein Gerücht um eine Rangelei zwischen Flüchtlingen in einer Pizzeria. Der Bürgermeister machte ein Foto mit den Betroffenen, postete die Information schnell (bevor etwa eine Gemeindezeitung gedruckt werden kann) auf Facebook, dass das Gerücht einfach nicht stimmt und konnte sich so viele Anrufe, Mails, Fragen im Wirtshaus und dergleichen ersparen. Sicher, das Posting erreichte nicht alle EinwohnerInnen der Gemeinde und der Diskussionsbedarf ist dadurch nicht abgeschafft, als unaufwändige Zusatzmaßnahme erleichterte Facebook dem Bürgermeister aber sicher die Arbeit.

Im größeren Rahmen ersetzt die Facebook-Seite bei österreichischen Firmen immer mehr das Callcenter, was mehrere Vorteile hat: KundInnen bekommen dort eine Antwort, wo sie sich sowieso im Internet bewegen und oftmals helfen sie sich gegenseitig in den Kommentaren unter einem Posting. Zudem kommt es oft vor, dass jemand anderer ein gleiches Problem hat, das schon gelöst wurde und die eigene Frage ist somit schon beantwortet, bevor man sie überhaupt stellen musste.

Facebook wird also die Gemeindezeitung oder den Stammtisch nicht ablösen, kann aber den Austausch immens erleichtern und auch Arbeit ersparen.

Sie haben es vielleicht schon bemerkt: Bis jetzt war in diesem Text immer nur die Rede von Facebook, dabei geht es hier doch um soziale Netzwerke im Allgemeinen? Das hat einen einfachen Grund: Im Vergleich zu den anderen Plattformen ist es in Österreich derzeit die wichtigste, wenn man viele NutzerInnen erreichen will.

Twitter ist im Vergleich mit rund 150.000 UserInnen relativ klein, dort kann man sich aber zum Beispiel gut mit anderen PolitikerInnen, Medienmenschen und Leuten aus der Werbebranche austauschen. Instagram, das zu Facebook gehört und bevorzugt für die Verbreitung von Lifestyle-Inhalten dient, nutzen derzeit rund 1,7 Millionen ÖsterreicherInnen, viele von ihnen sind zwischen 13 und 29 Jahre alt, also eher jünger. Instagram kann zum Beispiel wunderbar im Tourismus-Bereich eingesetzt werden.

ALS GEMEINDEPOLITIKER/IN AUF FACEBOOK CHANCEN UND TÜCKEN

Dann gibt es natürlich noch einige weitere Möglichkeiten, mit BürgerInnen online in Kontakt zu treten, über Whatsapp, YouTube oder auch Snapchat – alle bieten eigene Funktionen, die für BürgermeisterInnen zielführend sein können. Wenn man sich am Anfang für eine Plattform entscheiden muss, hilft es, zunächst mit Facebook anzufangen und dann gegebenenfalls nächste Schritte zu überlegen.

3. Die Frage des Mutes: Wie umgehen mit öffentlicher Kritik?

Wenn erst einmal die ersten Schritte in einem oder mehreren sozialen Netzwerken getan sind und man erste Erfahrungen in der Kommunikation mit den BürgerInnen online gesammelt hat, stellt sich leider oft eine unangenehme Frage: „Wie umgehen mit Kritik in sozialen Netzwerken?“ Dabei sind Politikerinnen besonders gefordert. Denn einerseits sind PolitikerInnen generell leichter Kritik ausgesetzt als „normale BürgerInnen“, was sich teilweise sogar in der Rechtsprechung widerspiegelt (PolitikerInnen müssen sich hier mehr gefallen lassen als Privatpersonen), andererseits ist online die Diskussionskultur besonders frauenfeindlich.

Speziell in den letzten zwei Jahren gab es zu Hasspostings generell und zu Misogynie im Speziellen eine aufflammende Debatte in den Medien, auch Facebook selbst gelobt Besserung, was die Moderationsmöglichkeiten betrifft. Nun sind Kritikfähigkeit und Freude am Diskurs häufig Fähigkeiten, die BürgermeisterInnen sowieso mit sich bringen. In sozialen Netzwerken kann unsachliche Kritik jedoch unangenehm werden, weil ein persönlicher Angriff, den womöglich am Stammtisch getätigt nur wenige Personen mitbekommen, auf Facebook eine größere Reichweite hat. Weiters fehlt am Anfang oft noch die Erfahrung, wie damit umgegangen werden soll.

Generell ist jede Form der Kritik als Einzelfall zu behandeln und speziell, wenn es sich um den persönlichen Auftritt einer Politikerin auf Facebook handelt, kann sie selbst entscheiden, wie sie damit umgeht.

Bei sachlicher Kritik ist eine ebenso sachliche Antwort fast unabdingbar, schließlich sollte man auf Facebook nicht nur aktiv sein, um Botschaften auszusenden, sondern auch, um sich mit den BürgerInnen auszutauschen. Bei unsachlicher Kritik reicht das Spektrum der Reaktionsmöglichkeiten von Ignorieren über Löschen, Blockieren (die Person kann nie wieder kommentieren oder auf „gefällt mir“ klicken), Antworten bis hin zu humoriger Reaktion oder hingegen der Anzeige bei der Polizei (bei strafrechtlich relevanten Postings) – je nach Persönlichkeit der Politikerin / des Politikers und der Sachlage.

Wichtig zu bedenken ist: Als BetreiberIn einer Facebook-Seite

Rund 15 Prozent der Gemeinden in Österreich bieten schon öffentliches WLAN an.

oder -Profils hat man immer selbst die Kontrolle über die Inhalte und Kommentare. Helfen können auch klare Regeln für die Kommunikation, die in der Beschreibung der Facebook-Seite angegeben werden. Für die meisten Facebook-Auftritte kann jedoch beruhigend konstatiert werden: Es ist viel öfter ein Problem, dass es recht wenig Interaktion in Form von Kommentaren gibt als zu viele davon.

4. Eine Frage der Kreativität: BürgerInnenpartizipation via Social Media

Deshalb macht es Sinn, sich gerade am Beginn der Aktivitäten in sozialen Netzwerken Gedanken darüber zu machen, was die BürgerInnen dazu bewegen kann, sich aktiv an der Gestaltung der Gemeinde zu beteiligen und konstruktives Feedback zur

ALS GEMEINDEPOLITIKER/IN AUF FACEBOOK CHANCEN UND TÜCKEN

eigenen Arbeit zu geben. Dabei sind der Kreativität kaum Grenzen gesetzt.

Sich zuerst einfache Ziele zu setzen, wie etwa der frühzeitigen Weitergabe der Information an BürgerInnen über Gemeindeprojekte wie Baustellen, Infrastukturverbesserungen oder auch der Planung von Festen, wird zu schnellen, kleinen Erfolgserlebnissen führen. Wenn UserInnen einen Mehrwert bei einem Facebook-Auftritt erkennen, werden diese auch weitere NutzerInnen anziehen und somit die Umsetzung weiterer Maßnahmen ermöglichen.

Als ergänzende Kommunikationsmaßnahme zu bestehenden Aktivitäten können sich BürgerInnen über soziale Netzwerke informieren, austauschen, Ideen einbringen, konstruktive Kritik üben, an neuen Projekten beteiligen und so das Zusammenleben in der Gemeinde gemeinsam mit den BürgermeisterInnen verbessern.

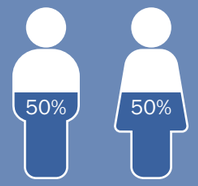
5. Fazit

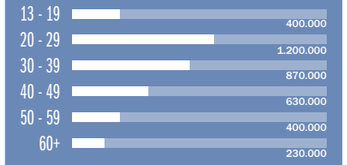
Den Mut aufzubringen, sich als BürgermeisterIn dem Austausch in sozialen Netzwerken zu öffnen, kann viele Vorteile haben. Die Handhabung von Plattformen wie Facebook wird immer einfacher und ist mittlerweile auch von unterwegs über das Smartphone möglich. Mit dem richtigen Gespür für Kommunikation können BürgerInnen intensiver in den Gestaltungsprozess der Gemeinde eingebunden werden und Kommunikationswege können durch eine schnelle, breite Öffentlichkeit verkürzt und vereinfacht werden. Facebook garantiert zwar keine flächendeckende Information, da vor allem ältere BürgerInnen dort nicht aktiv sind, bietet aber die Möglichkeit des schnellen und simplen Austauschs.

***Lisa Stadler**, 33,*
arbeitet seit rund neun Jahren als Social-Media-Managerin und sammelte Erfahrungen sowohl in der Agentur- als auch in der Medienszene. Bei der Tageszeitung KURIER implementierte sie die Social-Media-Strategie, bevor sie 2012 zu derStandard.at wechselte, wo sie als Head Of Audience & Traffic Management eine der größten Online-Communities im deutschsprachigen Raum betreut. Lisa Stadler wurde 2016 Onlinerin des Jahres und unterrichtet Social Media an der FH Wien.

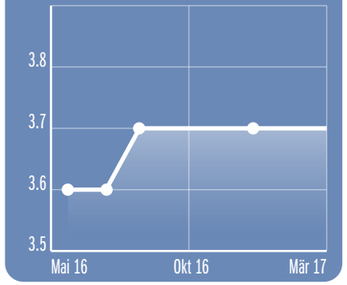
SOCIAL MEDIA IN ÖSTERREICH

facebook

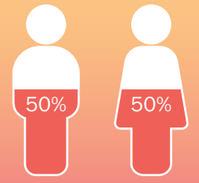




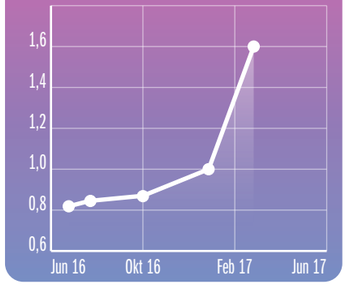
ÖsterreicherInnen Gesamt:	3.700.000
Frauen:	1.850.000
Männer:	1.850.000
14 - 49:	3.100.000



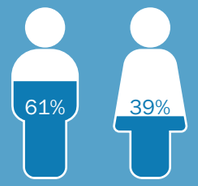
Instagram



ÖsterreicherInnen Gesamt:	1.600.000
Frauen:	800.000
Männer:	800.000
14 - 49:	1.500.000

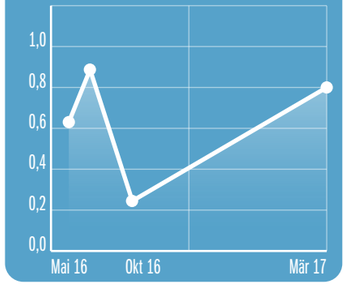


LinkedIn



Da eine Altersangabe auf LinkedIn nicht verpflichtend ist, bezieht sich die Einteilung in Altersstufen nur auf ein Subset der gesamten österreichischen Accounts.

ÖsterreicherInnen Gesamt:	770.000
Frauen:	300.000
Männer:	470.000



twitter

Top Journalisten

1	Armin Wolf	352.630 FOLLOWER
2	Ingrid Turnher	168.859 FOLLOWER
3	Florian Klenk	164.241 FOLLOWER

Top Politiker

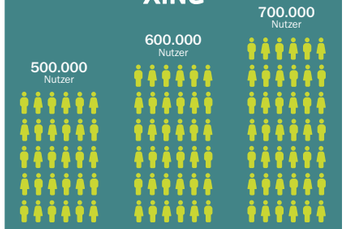
1	Sebastian Kurz	202.144 FOLLOWER
2	Michel Reimon	63.139 FOLLOWER
3	Alexander Van der Bellen	55.361 FOLLOWER

Bürgermeister mit den meisten Followern:

Andreas Babler (Traiskirchen) 4.932 FOLLOWER

Stand: 13.04.2017

XING



WhatsApp

Laut der aktuellen Social Impact Studie von A1 nutzen sieben von zehn österreichischen Handynutzern WhatsApp, während sechs von zehn Facebook verwenden.

Quelle: Social Impact Studie von A1, von 13. bis 27. Juni bei 1.100 Nutzer/innen ab 12 Jahren online befragt

Top Facebook Seiten

1. McDonald's
2. Red Bull
3. Netflix
4. Volkswagen
5. IKEA

Top Instagrammer

1. tatjanamariposa
2. misterflopatrick
3. julijana_official
4. anasbarros
5. conchitawurst

Werner Beninger
Geschäftsführer der PR-Agentur
Milestones Communication

ZUHÖREN UND DANN REDEN!
WIE KOMMUNALPOLITIKER KOMMUNIZIEREN SOLLTEN

Wer waren und sind die erfolgreichsten (Kommunal-) Politiker? Das sind jene, die am Stammtisch sitzen und dort nicht nur den Mund offen haben. Sie können zuhören. Zuhören bedeutet heute auch im Internet nachzulesen, was die Menschen zu sagen haben – insbesondere in den sozialen Medien. Das ist die neue Herausforderung für (Kommunal-)Politiker und für die Kommunen. Eine Herausforderung, die ganz einfach zu bewältigen ist. Man muss sich nur auch im Netz so verhalten, wie im „richtigen“ Leben.

Und was haben erfolgreiche (Kommunal-)Politiker deshalb immer gemacht und was tun sie bis heute? Sie sind unterwegs in ihrer Gemeinde, ihrem Bezirk, haben ein offenes Ohr für die Anliegen ihrer Bürger. Sie sagen aber auch offen, was sie tun können und was nicht, was sie tun werden und was sie warum nicht tun werden. Erfolgreiche Kommunalpolitiker hören auch nicht nur jenen zu, die ohnehin zu allem und jedem etwas zu sagen haben – sie hören nicht nur die Lautstarken. Und wenn sie mit den Menschen direkt reden, dann versuchen sie so zu sprechen, dass ihr Gegenüber sie auch versteht.

Und wenn diese Kommunalpolitiker etwas zu sagen haben, dann kommunizieren sie das – über lokale (Print-)Medien, über die Gemeindezeitung oder auch über Flugblätter. Wenn die Kommunalpolitiker diese Kommunikation über die genannten Medien gut machen, dann tun sie das auch in einer Sprache, die die Leser dieser Medien verstehen – nicht in hochtrabendem Amtsdeutsch, nicht in komplizierten Formulierungen oder – optisch – in Textwüsten, die nur jemand liest, der allzu viel Zeit hat. Diesen Politikern ist es wichtig, dass verstanden wird, was sie sagen und schreiben (lassen).

Es gibt aber auch andere Beispiele – Beispiele, in denen der Bürgermeister / Abgeordnete aus jeder Seite der Gemeindezeitung herausgrinst, nur jener Beitrag ein guter ist, in dem der Bürgermeister mit mindestens einem Bild vertreten ist (obwohl er zumeist nicht wirklich eine optische Offenbarung ist). Für Bürgermeisterinnen gilt sinngemäß identes, freilich sind die meisten in der Kommunalpolitik tätigen Frauen vielfach weniger eitel – oder wissen besser, wie viele und welche Bilder von ihnen ihren Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten sind.

Mit dem Internet und vor allem mit den sozialen Medien ist die Kommunikation demokratischer geworden. Jeder, der etwas einer breiteren Öffentlichkeit mitteilen will, braucht nicht unbedingt mehr eine Zeitung, ein Flugblatt oder einen Auftritt vor einer größeren Menschenmenge. Jemand, dem etwas zuwiderläuft, der ein Anliegen kundtun will, stellt dieses auf Facebook. Oder aber er verfasst einen Blog oder er stellt gar eine Seite ins Netz,

ZUHÖREN UND DANN REDEN! WIE KOMMUNALPOLITIKER KOMMUNIZIEREN SOLLTEN

die seinem Anliegen gewidmet ist. Das ist kein Trend mehr. Mit mehr als 3,7 Mio. Nutzern ist Facebook schon seit mindestens fünf Jahren ein Alltagsmedium geworden und der Altersdurchschnitt der österreichischen Facebook-User liegt bereits bei knapp unter 40 und wird von Tag zu Tag höher. Vor allem weil sich immer mehr Bürger über 50 bewusst anmelden und das Medium für sich entdecken.

Kommunen und ihre Vertreter, die erfolgreich sein wollen, müssen solche „Online-Aktivitäten“ ernst nehmen. Sie müssen auch hier „zuhören“ – und dann mit den Menschen „reden“. So mancher Kommunalpolitiker geht – wie viele andere auch – noch immer davon aus, dass es „wurscht“ ist, was ein paar Spinner da im Netz absondern. Und daher will er „es gar nicht wissen“. Im Netz, wie auch in geselliger Runde am Stammtisch, schaukeln sich freilich Meinungen und Kritik auf, wenn niemand dagegen hält, sich keine „Stimme der Vernunft“ äußert. Ein Vergleich: Wir sitzen in einer Stammtischrunde beim Wirt – über „die Gemeinde“ den „Bürgermeister“, also Abwesende, lässt sich da trefflich schimpfen.

Und je länger die Debatte andauert, umso mehr eskaliert sie. Wenn in einer solchen Stammtischrunde aber der Gemeindeamtsleiter, der Bürgermeister oder jemand anderer, der in der kritisierten „Gemeinde“ eine führende Funktion innehat, dabei sitzt, läuft eine solche Diskussion gemeinhin ruhiger ab. Es mag zwar auch kritisiert werden oder durchaus heftig/deftig zur Sache gehen, aber die Debatte wird niemals so entgleisen, wie wenn keiner der Kritisierten am Tisch sitzt.

Genau nach diesen Mechanismen, und nicht anders, funktioniert eine „Diskussion“ im Netz. Jemand äußert Kritik, diese bleibt unwidersprochen, andere schließen sich an, die Debatte schaukelt sich hoch, weil niemand da ist, der die Betroffenen verteidigt – sie selbst nicht und auch ihre Freunde nicht.

Meldet sich hingegen der Betroffene in einer solchen Runde zu Wort, hat er zumindest die Chance, das „Gespräch“ im Netz zu beeinflussen, auch werden ihn seine Freunde, die die Angriffe und die Diskussion ja mitbekommen, verteidigen.

Um freilich mitreden zu können, muss der Bürgermeister, der Gemeindeamtsleiter, müssen die Gemeinderäte sich auch dort aufhalten, wo diskutiert wird: in den sozialen Medien, insbesondere auf der zentralen Drehscheibe Facebook. Wenn es richtig gemacht ist, bietet ein solches Engagement viele Vorteile in der Kommunikation mit den Bürgern:

- Es ist der schnellste Kommunikationskanal, als Gemeindeverantwortlicher er reicht man seine Bürger sofort und unmittelbar.
- Fragen, Anliegen können sofort und transparent behandelt werden.
- Wenn es Grund zur Kritik gibt, findet diese auf der eigenen Seite der Gemeinde statt und nicht irgendwo, auf irgendeiner anderen Seite – und die Betroffenen bekommen nichts mit.
- Kritik wird kanalisiert, da sich auch der Kritiker einer breiteren Öffentlichkeit, den „Fans“ der Gemeinde, des Bürgermeisters etc. stellen muss.
- Bei umstrittenen Anliegen haben nicht nur die lautesten eine Plattform, auf der sie sich äußern können. Als Gemeindeverantwortlicher hat man damit auch die Möglichkeit die sogenannte schweigende Mehrheit zu aktivieren.

Soweit zum Mitreden, was auf „sozialen“ Medien ohne Frage im Mittelpunkt steht.
Doch was Gemeinden und die handelnden Personen ja besonders wollen ist: Gelesen werden. Und ja: Social Media bieten die Möglichkeit, enorm schnell und einfach an einen großen Personenkreis „auszusenden“.

Es gibt für Kommunalpolitiker viel zu informieren, viele Positionen, die erklärt werden wollen, bevor sich jemand aus Unwissenheit das Maul drüber zerreißt. Hier ist das Internet Fluch und Segen: Durch die Menge an Information stehen die Inhalte der Gemeinde in einem gewaltigen Wettbewerb und müssen sich erst einmal durchsetzen. Vergleichbar mit einem Tisch auf dem hunderte Magazine liegen und man versucht, das zu sein, das sich der Leser nimmt und das er liest.

Es geht also um die Qualität und Glaubwürdigkeit der Beiträge. Wer nicht gefällt, ist auch nicht erfolgreich. Social Media funktionieren hier ähnlich wie Zeitungen, was bedeutet, dass die besten Geschichten auch am liebsten gelesen werden. Hinzu kommt, dass Social Media unser Kommunikationsverhalten verändert haben. Viele User leben in einer Online-Welt, in der sie die Überzeugung haben, dass man alle relevanten Informationen schon mitbekommen wird, wenn sie denn nur wichtig genug sind. Einige erfolgreiche Kommunalpolitiker haben dieses Level in den letzten Jahren schon erreicht und ihre Reichweite reicht aus, um mit allen Veröffentlichungen einen Großteil ihrer Bürger zu erreichen. Sie erzielen mit wenig Aufwand viel Wirkung.

Die Entscheidung, es erst gar nicht zu probieren, oder einen schwachen Auftritt nicht zu professionalisieren, ist kurzsichtig. Damit überlässt man das Feld der Information und Erklärung jemand anderen, sollte das Thema für User interessant werden.

Eine Gemeinde ist eine klare Zielgruppe, wodurch die Strate-

ZUHÖREN UND DANN REDEN! WIE KOMMUNALPOLITIKER KOMMUNIZIEREN SOLLTEN

gie fast automatisch einfacher ist, als für die meisten Unternehmen. Freilich gelten auch hier die gleichen Prinzipien, wie bei allen anderen Kommunikationswegen:

- Jede Botschaft muss so kurz und so einfach wie möglich formuliert sein und transportiert werden (das „KISS-Prinzip: keep it short and simple).
- Jede Botschaft muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen. Sie muss Betroffenheit erzeugen, denn: ein Thema, das jemanden (scheinbar) nicht betrifft, interessiert diesen auch nicht.
- Jede Botschaft muss ganz konkret sein, aufzeigen was ist und nicht schwammig formuliert Nebelgranaten werfen und Worthülsen verbreiten. Sie muss Bilder aus der täglichen Lebenswelt der Menschen verwenden, denn wenn jemand etwas nicht versteht, kann er es nicht beurteilen, ist unsicher und wendet sich mit großen Misstrauen ab.

Kurzum: Reden wir mit unseren Bürgern, wie wir es idealerweise schon bisher getan haben und hören wir unseren Bürgern zu. Nur: Nutzen wir dazu die Möglichkeiten, die uns das Internet gibt, die uns die Sozialen Medien bieten.

Werner Beninger, *57, ist Geschäftsführer von Milestones Communication. Er war Chefreporter der „Oberösterreichischen Nachrichten“ und der Tageszeitung „Die Presse“, arbeitete für die „Salzburger Volkszeitung,“ die „Wochenpresse“, die „Salzburger Nachrichten“ (als Leiter des Ressorts Hintergrund und der Bundesländerredaktion Oberösterreich) und als leitender Redakteur für das Wochenmagazin „News“.*

Martina Steiner
Vorstandsmitglied des bundesweiten Netzwerks für Offene Jugendarbeit (bOJA)

WIE GEMEINDEN FÜR JUGENDLICHE ATTRAKTIVER WERDEN

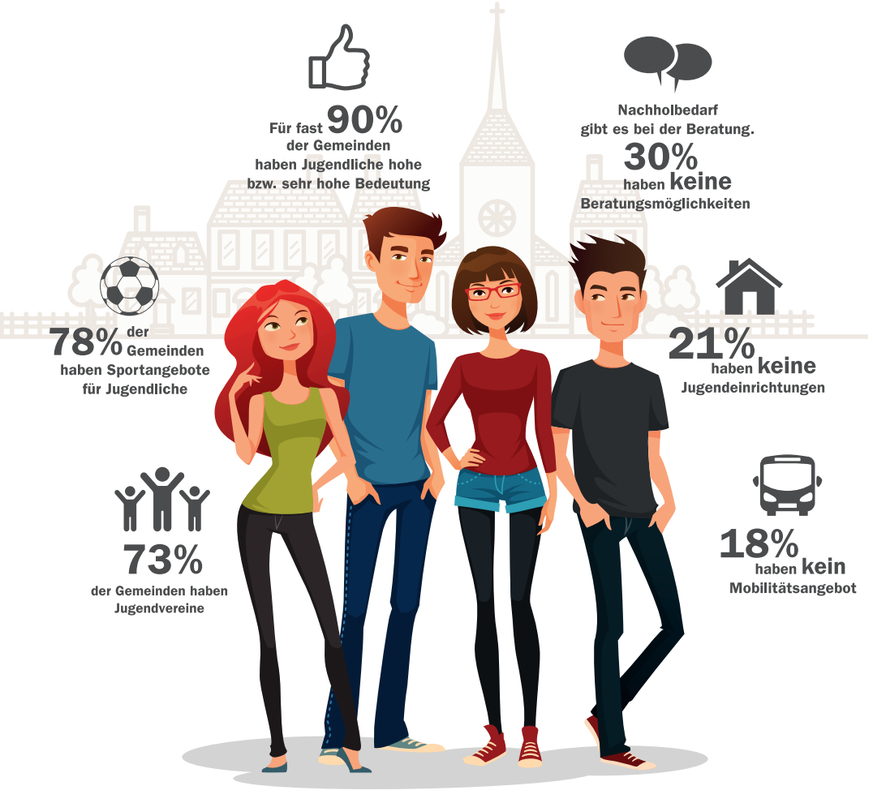
In meiner Funktion als Jugendgemeindeberaterin werde ich immer wieder mit der Frage konfrontiert, was Gemeinden dazu beitragen können, dass die jungen Menschen bleiben bzw. nach ihrer Ausbildung wieder in die Heimatgemeinde zurückkehren. Meine Antwort darauf ist, dass Gemeinden mit Zukunft dafür Sorge tragen müssen, dass der Ort, die Stadt, das Dorf für Jugendliche so attraktiv und lebenswert wie möglich wird. Offene Jugendarbeit (OJA) leistet hier einen zentralen Beitrag.

Damit junge Menschen ihrer Heimatgemeinde eben nicht den Rücken kehren, benötigt es zusätzlich zu den strukturellen sowie wirtschaftlichen Faktoren und Rahmenbedingungen insbesondere Orte, in denen Freundschaften und Beziehungen gepflegt werden können. Die Qualität der sozialen Bezüge in den Gemeinden ist dafür entscheidend, ob junge Menschen bleiben oder gehen. Durch Jugendumfragen, Jugendhearings, Zukunftswerkstätten etc. werden die Bedürfnisse der Jugendlichen eruiert und sichtbar gemacht. Durch Projekte und Aktionen werden darauf aufbauend Angebote entwickelt und umgesetzt. Gerade Angebotslücken können dadurch geschlossen werden. Es wird Raum für diese sozialen Bezüge geschaffen.

Dass Gemeinden die Bedeutung der Jugendarbeit erkannt haben, hat sich bei der im Jahr der Jugendarbeit 2016 durchgeführten Umfrage (Beteiligung: 183 Gemeinden) bestätigt. In Gemeinden wird der verbandlichen Jugendarbeit (zB. Landjugend, Blasmusik, PfadfinderInnen) eine deutlich höhere Bedeutung für die Region zugestanden als der Offenen Jugendarbeit (Jugendzentren, Jugendtreffs, mobile Jugendarbeit/Jugendstreetwork).

Im Bundesländervergleich ist es vor allem Vorarlberg, das der verbandlichen Jugendarbeit in der Region eine besonders hohe Bedeutung beimisst, während in Salzburg 20 Prozent der Befragten die Bedeutung weniger hoch einschätzen.

Dass man mit Jugendarbeit Identifikation mit der eigenen Gemeinde schaffen und infolgedessen Abwanderung verhindern kann, haben die Gemeinden auch schon erkannt. Allerdings besteht noch Ausbaubedarf an adäquaten Beratungsangeboten für Jugendliche. Auch Jugendeinrichtungen, Lernbetreuung und Mobilitätsangebote werden als vorwiegend fehlend angeführt. Als besonders wichtig erachten Gemeinden in allen Bundesländern Sportangebote und Jugendvereine. Kulturangebote sind größtenteils vorhanden und werden auch von der überwiegenden Mehrheit als wichtig erachtet. Neben den Gemeinden selbst ist das jeweilige Bundesland ein wichtiger Fördergeber. Gemeinden unterstützen Jugendarbeit vor allem auch durch das Zurverfügungstellen von Räumlichkeiten und Infrastrukturen.



Quelle bOJA-Umfrage, n=183

Jugendarbeit für alle sozialen Schichten

Und genau hier setzt Offene Jugendarbeit an: Sie bietet Raum und Gelegenheit des Miteinanders verschiedener Kulturen, Szenen, Generationen und vieles mehr. Offene Jugendarbeit greift auf jahrelange Expertise im Bereich Arbeit mit Jugendlichen, denen sich spezielle Herausforderungen stellen, zurück. Sie bietet Angebote und Räume für viele Zielgruppen. OJA eröffnet wichtige Sozialisations- und Kommunikationsräume, in denen junge Menschen sich entwickeln und voneinander lernen können. Sie bietet vor allem mit ihrer Kernkompetenz, der Beziehungsarbeit, Angebote für jene Jugendliche, die von anderen Einrichtungen nicht oder nicht mehr erreicht werden. Speziell durch den mobilen Ansatz (Aufsuchende Arbeit, Mobile Jugendarbeit, Streetwork etc.) wird direkt auf jene Gruppen zugegangen, die sich von der Mehrheitsgesellschaft

WIE GEMEINDEN FÜR JUGENDLICHE ATTRAKTIVER WERDEN

ausgegrenzt fühlen oder von Ausgrenzung bedroht sind und bietet ihnen Möglichkeiten, ihre Selbstwirksamkeit zu erleben.

Am Beispiel der „Computeria“ in Landeck zeigt sich, wie Jugendliche, die über die Mobile Jugendarbeit erreicht worden sind, ihre Kompetenzen im Bereich neuer Technologien wie Smartphones, Tablets und Computer oder dem Internet älteren Menschen aus der Gemeinde weitergeben und dadurch Anerkennung für ihr oft verborgenes Wissen erhalten. Dieser generationenübergreifende Austausch bei gemütlicher Café-Atmosphäre erfordert jedoch ein soziales Gespür der Jugendlichen, sie bauen ihre Sozialkompetenzen aus. Doch auch die SeniorInnen erzielen einen Kompetenzgewinn und vor allem einen Gewinn durch neue Beziehungen und Begegnungen. Eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.

Das Ergebnis der Umfrage zeigt auch, dass es in über 70 Prozent der Gemeinden eine Jugendgemeinderätin/einen Jugendgemeinderat gibt. Ein Großteil der Gemeinden gibt an, dass die Anliegen der Jugendlichen einen hohen Stellenwert in der Gemeinde haben. Bezogen auf die tatsächlichen Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen sind etwas größere Unterschiede zwischen den beteiligten Gemeinden sichtbar.

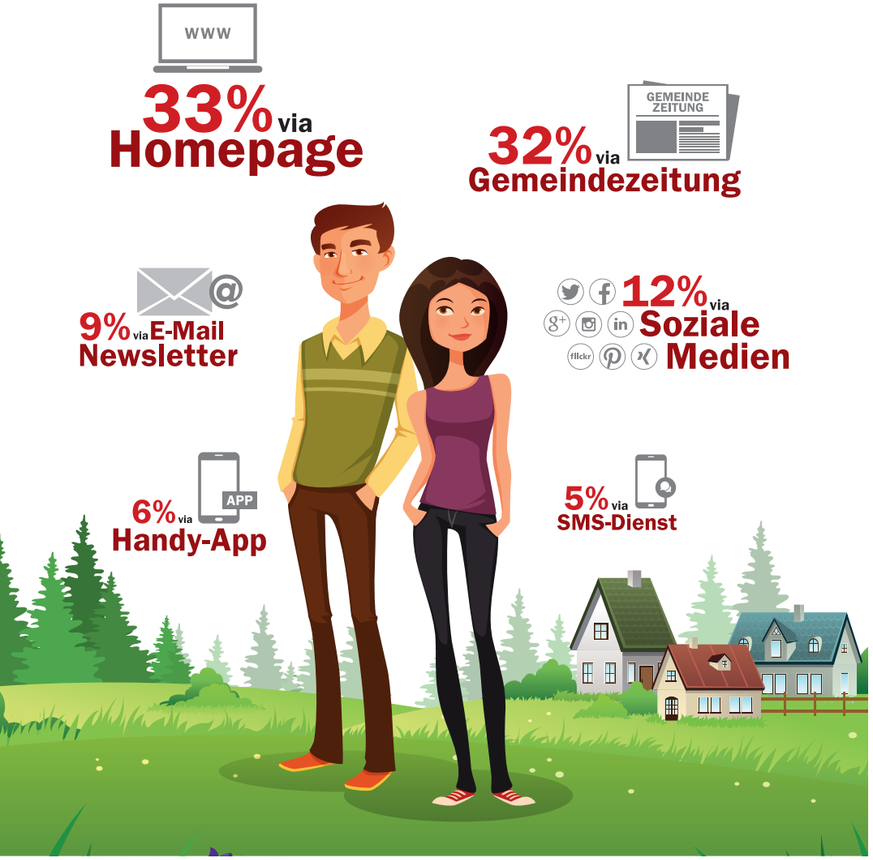
Aufholbedarf bei Kommunikation

Weniger als die Hälfte der Gemeinden gibt an, spezielle Kommunikationskanäle für Jugendliche zu betreiben. Als Hauptkommunikationskanal, welcher Jugendlichen in der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird, gilt Facebook, gefolgt von der Gemeindezeitung. Besonders häufig sind die Bürgermeister_innen und auch Gemeinden auf Facebook vertreten. Die BürgermeisterInnen nutzen die Social-Media-Accounts zu einem Großteil sowohl privat als auch politisch.

Ohne Zweifel sind Partizipations- und Beteiligungsansätze eine der großen Säulen der Jugendarbeit. Eine besondere Stärke der Jugendarbeit ist dabei auch hier die Methodenvielfalt. Offene Jugendarbeit entwickelt im Bereich Partizipation Projekte in verschiedenen Ausprägungsformen – immer ausgerichtet auf die zu erreichende Gruppe.

Die kommunale Ebene ist dabei jene, die den meisten jungen Menschen am nächsten steht. Die Abläufe dort sind vergleichsweise einfach darzustellen. Damit sind Projekte wie Jugendhearings, Zukunftswerkstätten und Jugendstammtische gemeinsam mit lokalen PolitikerInnen oder zuständigen Personen aus der Verwaltung eine Methode, durch die Jugendliche einerseits ihre Gemeinde aktiv mitgestalten können und andererseits im Sinne der politischen Bildung ihr Verständnis für Abläufe innerhalb von Gemeindestrukturen erweitern können. Offene Jugendarbeit zielt hier darauf ab,

WIE KOMMUNIZIEREN GEMEINDEN MIT JUGENDLICHEN?



Quelle bOJA-Umfrage, n=183

durch direkte Begegnung und Kommunikation zwischen Politik und Jugend, Demokratie erlebbar und lebbar zu machen.

Jugend durch Partizipation sichtbar machen

Kommunal/regional organisierte Offene Jugendarbeit vertritt somit einen stark partizipativ geprägten Ansatz und trägt so dazu bei, Jugendliche gemeinsam mit den (politischen) VertreterInnen vor Ort dazu zu befähigen, ihren Lebensraum aktiv mitzugestalten und ihre Wünsche und Bedürfnisse sichtbar zu machen.

Als jugendliche Zielgruppen, die besondere zusätzliche Angebote benötigen, werden von den befragten Gemeinden vorwiegend Mädchen und Jugendliche zwischen 12 und 20 Jahren genannt. Gerade Mädchen finden häufig im ländlichen Bereich wenig Angebote. Durch gezielte partizipative Projekte können Angebote wie Mädchen-Cafés, Ausflüge etc. entstehen.

Für die Zukunft wünschen sich viele Gemeinden, dass der Fokus noch stärker auf die Förderung der Gemeinschaft gelegt wird, sowie auf eine weitere Einbindung der Jugendlichen in die Gemeinde. Der Fokus der offenen Jugendarbeit auf die Integration von marginalisierten Gruppen, wie geflüchteten Jugendlichen und sozial Benachteiligten, wird von mehreren Gemeinden als wichtig angeführt.

Offene Jugendarbeit agiert zusätzlich sozialräumlich, vernetzt sich mit Schulen, Vereinen und relevanten Institutionen aus benachbarten Bereichen um gemeinsam bedarfsorientierte Angebote zu setzen. Dies führt nicht nur zu einer Planungssicherheit der Angebote durch die aktive Einbindung der Zielgruppe sondern bündelt vorhandene Ressourcen und Know-how.

Damit sich junge Menschen mit ihrer Gemeinde identifizieren und an ihrer Entwicklung aktiv Anteil haben, benötigen sie Impulse, Aufforderung und Gelegenheiten, auch Hilfestellung und Begleitung – Offene Jugendarbeit bietet hier ein bewährtes und breites jugendgerechtes Methodenrepertoir. Der den Jugendlichen nahe und überschaubare politische und gesellschaftliche Bezugsrahmen der Gemeinde mit ihren Möglichkeiten und Grenzen bietet dabei den idealen Ort.

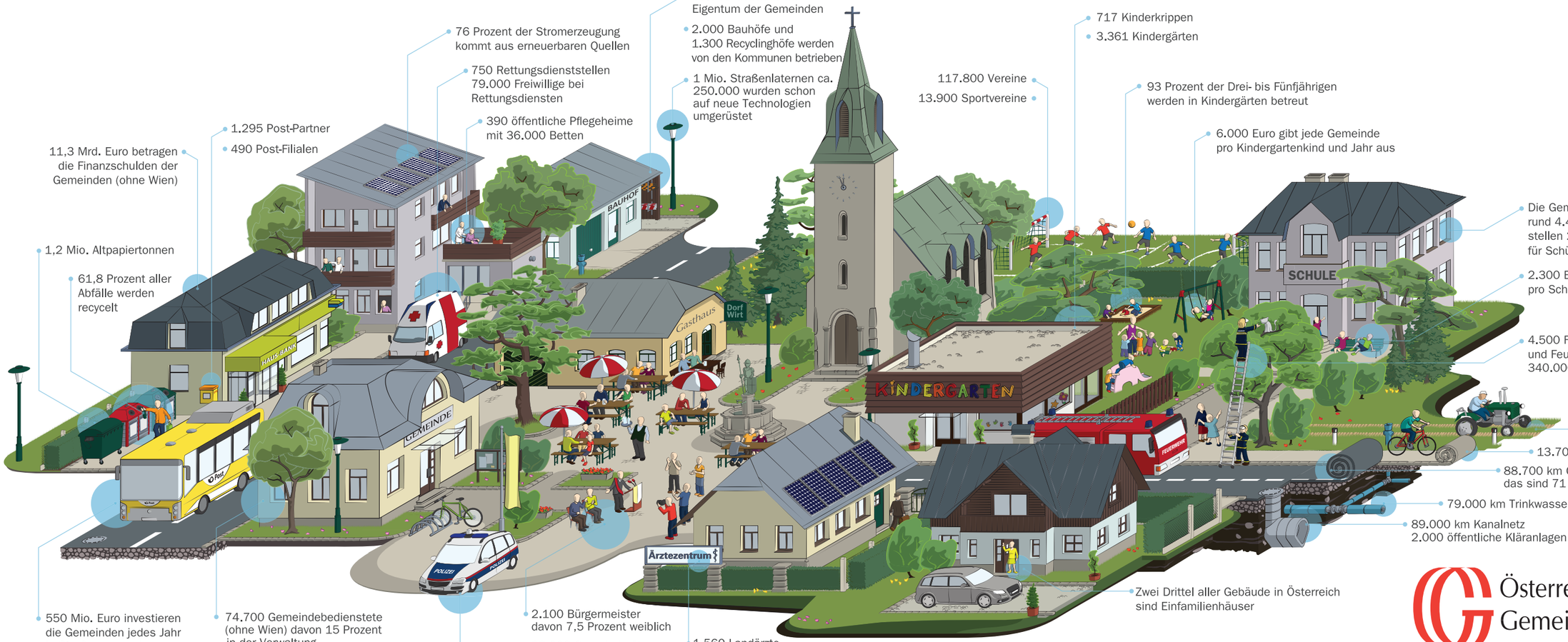
Kommunal organisierte Offene Jugendarbeit betrachtet Jugendliche als größte Ressource der Zukunft – auch und v.a. in benachteiligten Gebieten. Dies hat sie gemeinsam mit den vielen engagierten Gemeindepolitiker_innen und Vertreter_innen aus der Verwaltung. Auf der Basis der Tatsache, dass fast alle Befragten sich in Zukunft eine verstärkte Kooperation mit Offener Jugendarbeit vorstellen können, blicke ich in eine positive Zukunft für die Jugend in den Österreichischen Gemeinden.

WIE GEMEINDEN FÜR JUGENDLICHE ATTRAKTIVER WERDEN

***Mag.a Martina Steiner**, 47, ist Vorstandsmitglied der bOJA – dem bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit Österreich - und Teil des Geschäftsführungsteams der POJAT – Plattform Offene Jugendarbeit Tirol. Sie begleitet und coacht Gemeinden im Bereich Jugendbeteiligung und Konzeptentwicklung für Jugendeinrichtungen.*

Liken Sie die Facebook-Seite
des Österreichischen Gemeindebundes
FACEBOOK.COM/GEMEINDEBUND

WAS SIE ÜBER ÖSTERREICHS GEMEINDEN WISSEN MÜSSEN



- 11,3 Mrd. Euro betragen die Finanzschulden der Gemeinden (ohne Wien)
- 1,2 Mio. Altpapiertonnen
- 61,8 Prozent aller Abfälle werden recycelt
- 1.295 Post-Partner
- 490 Post-Filialen
- 76 Prozent der Stromerzeugung kommt aus erneuerbaren Quellen
- 750 Rettungsdienststellen 79.000 Freiwillige bei Rettungsdiensten
- 390 öffentliche Pflegeheime mit 36.000 Betten
- 60.000 Gebäude im Eigentum der Gemeinden
- 2.000 Bauhöfe und 1.300 Recyclinghöfe werden von den Kommunen betrieben
- 1 Mio. Straßenlaternen ca. 250.000 wurden schon auf neue Technologien umgerüstet
- 117.800 Vereine
- 13.900 Sportvereine
- 717 Kinderkrippen
- 3.361 Kindergärten
- 93 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen werden in Kindergärten betreut
- 6.000 Euro gibt jede Gemeinde pro Kindergartenkind und Jahr aus
- Die Gemeinden sind Erhalter von rund 4.420 Pflichtschulen und stellen 2.226 Betreuungseinrichtungen für Schüler bereit
- 2.300 Euro gibt jede Gemeinde pro Schulkind und Jahr aus
- 4.500 Freiwillige Feuerwehren und Feuerwehrhäuser 340.000 Mitglieder
- 43.000 km Güterwege
- 13.700 km Radwege
- 88.700 km Gemeindestraßen das sind 71 Prozent aller Straßen
- 79.000 km Trinkwasserleitungen
- 89.000 km Kanalnetz 2.000 öffentliche Kläranlagen
- Zwei Drittel aller Gebäude in Österreich sind Einfamilienhäuser
- 550 Mio. Euro investieren die Gemeinden jedes Jahr in Straßenbau und öffentlichen Nahverkehr
- 74.700 Gemeindebedienstete (ohne Wien) davon 15 Prozent in der Verwaltung
- 18,5 Mrd. Euro Einnahmen
- ca. 1.000 Polizeiinspektionen
- 2.100 Bürgermeister davon 7,5 Prozent weiblich
- 39.000 Gemeinderäte
- 1.560 Landärzte Auf einen Landarzt kommen rund 2.300 Einwohner

Österreichischer Gemeindebund

Diese Grafik ist urheberrechtlich geschützt. Änderungen und Verwendung nur mit Zustimmung des Gemeindebundes.

Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

vortr.HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)
wHR Mag. Nicolaus DRIMMEL
(Abt.Leiter Recht und Internationales, stv. Generalsekretär)
Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA
(Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Mag. Bernhard HAUBENBERGER
(Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)
Daniel KOSAK
(Abt.Leiter Kommunikation & Medien, Pressesprecher)
Blerda LOSHAJ (Sekretariat)
Sabrina NEUBAUER (Assistentin des Pressesprechers)
Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektabwicklung)
Mag. Carina RUMPOLD (Redakteurin)
Claudia SEDLAK (Sekretariat)
Petra STOSSIER (Sekretariat)
Beate WINKLER
(Büroleitung, Finanz- u. Personaladministration)
Praktikant/in (Kommunikation & Medien)
Rinore GASHI (Karenz)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsulenten zu Rat gezogen.
Per E-Mail sind alle Mitarbeiter/innen über vorname.nachname@gemeindebund.gv.at erreichbar.

Kontakt:
Österreichischer Gemeindebund
Löwelstraße 6
1010 Wien
Tel.: (01) 512 14 80
www.gemeindebund.at
office@gemeindebund.gv.at

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel
Mag. Daniela Fraiß (Büroleitung)
Avenue de Cortenbergh 30
Tel.: +32 2 - 28 20 680
E-Mail: oegemeindebund@skynet.be

DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbilds des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.

2.100 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.089 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert. Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat, für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden getroffen wird. Aber auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege, werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes. Oberstes Organ ist der Bundesvorstand, der 64 Mitglieder hat und zumindest zwei Mal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht seit März 2017 Präsident Bgm. Alfred Riedl. Die beiden Vizepräsidenten Hans Hingsamer und Rupert Dworak sowie die Obmänner der anderen Landesverbände bilden das Präsidium. Zum Landesobmann können nur aktive Bürgermeister/innen gewählt werden.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt zwölf Mitarbeiter/innen ist die Struktur sehr schlank. Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Für weitere Information über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage www.gemeindebund.at

PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes (Stand Frühjahr 2017)

Präsidium

1. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm.
Johann Hingsamer (OÖ)

Präsident
LAbg. Bgm. Mag.
Alfred Riedl (NÖ)

2. Vizepräsident
Präs. LAbg. Bgm.
Rupert Dworak (NÖ)

Weitere Mitglieder im Präsidium

Präs. Bgm. Leo Radakovits (B-VP)
Präs. Bgm Erich Trummer (B-SP)
Präs. Bgm. Peter Stauber (K)
Präs. Bgm. Günther Mitterer (S)
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (St)
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf (T)
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier (V)

Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme

Generalsekretär vortr.HR Dr. Walter Leiss
Bgm. Hanspeter Wagner (int. Vertreter)
Vbgm. Dr. Carmen Kiefer (int. Vertreterin)
NR GR Hannes Weninger (int. Vertreter)
Bgm. Arnold Marbek (int. Vertreter)
Bgm. Mag. Pauline Sterrer (int. Vertreter)
Bgm. Simone Schmiedtbauer (int. Vertreter)

BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Mitglieder Burgenland
Präs. Bgm. Erich Trummer
Präs. Bgm. Leo Radakovits
VPräs. BR Bgm. Inge Posch-Gruska
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner

Mitglieder Kärnten
Präs. Bgm. Peter Stauber
VPräs. Bgm. Martin Gruber
VPräs. LAbg. Bgm. Klaus Köchl
VPräs. Bgm. Maximilian Linder
VPräs. Bgm. Josef Müller

Mitglieder Niederösterreich
Präs. LAbg. Bgm. KommR Mag. Alfred Riedl
Präs. LAbg. Bgm. Rupert Dworak
Bgm. Andreas Babler
LAbg. Bgm. Josef Balber
Mag. Sabine Blecha
LGf. Dir. GemR Mag. Ewald Buschenreiter
Bgm. Margit Göll
Bgm. Herbert Goldinger
LAbg. Bgm. Renate Gruber
Bgm. Kurt Jantschitsch
Bgm. Manfred Marihart
VPräs. LAbg. Bgm. Karl Moser
VPräs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl
Bgm. Anette Töpfl
Bgm. Michaela Walla

Mitglieder Oberösterreich
Präs. LAbg. Bgm. Johann Hingsamer
Bgm. Mag. Walter Brunner
Bgm. Johann Holzmann
VPräs. Bgm. Manfred Kalchmair
Bgm. Wilfried Kellermann
BR Bgm. Ewald Lindinger
VPräs. Bgm. Peter Oberlehner
Bgm. Mag. Anton Silber
Bgm. Karl Staudinger
Bgm. Andreas Stockinger
Bgm. Helmut Wallner
Bgm. Johann Weirathmüller

Mitglieder Salzburg
Präs. Bgm. Günther Mitterer
LAbg. Bgm. Gerd Brand
Bgm. Wolfgang Eder
Prof. Helmut Mödlhammer
Bgm. Johann Warter

Mitglieder Steiermark
Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger
Bgm. Robert Hammer
Bgm. Engelbert Huber
Bgm. Johann Kaufmann
Bgm. Gregor Löffler
Bgm. Reinhard Reisinger
Bgm. Ronald Schlager
VPräs. Bgm. Manfred Seebacher
VPräs. Bgm. Christoph Stark
Bgm. Hans Straßegger
Bgm. Johann Urschler

Mitglieder Tirol
Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf
VPräs. Bgm. Franz Hauser
VPräs. Bgm. Christian Härtnig
VPräs. Bgm. Edgar Kopp
Bgm. Mag. Josef Mair
Bgm. Ing. Rudolf Puecher
BR Bgm. Johann Schweigkofler

Mitglieder Vorarlberg
Präs. Bgm. Harald Köhlmeier
VPräs. Bgm. Dipl.-Volkswirt Andrea Kaufmann
VPräs. Bgm. Werner Müller
Bgm. Mag. Harald Witwer

EHRENMITGLIEDER
ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

Ehrenpräsidenten

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer

Ehrenmitglieder des Präsidiums

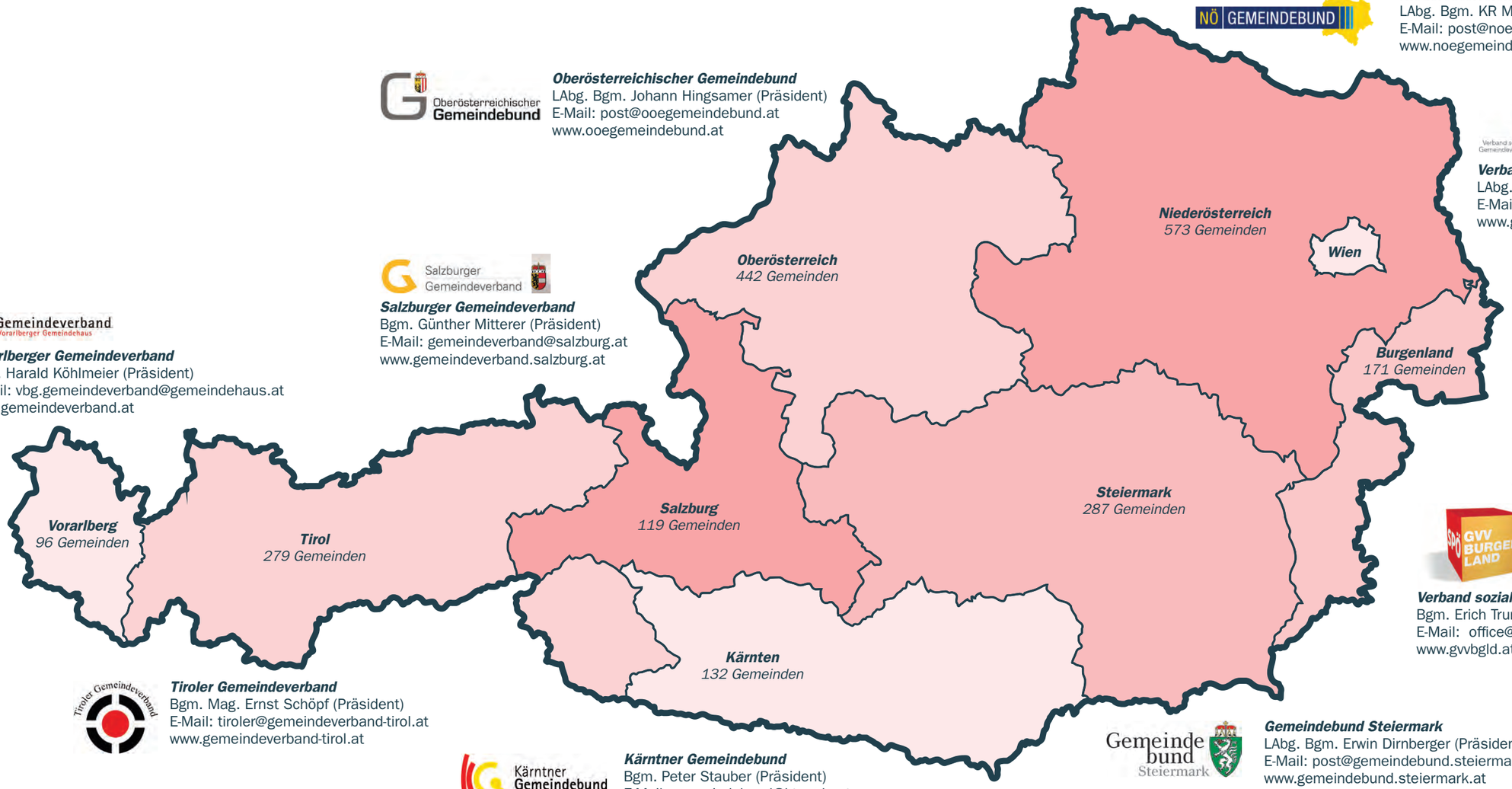
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink

Träger des Ehrenringes

Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. OSR Ferdinand Reiter †
Präs. a.D. Bgm. a.D. Rudolf Ostermann †
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll †
Generalsekretär a.D. vortr.HR i.R. Dr. Robert Hink
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer

Ehrenmitglieder

Präs. a.D. Bgm Mag. Wilfried Berchtold
BR a.D. Bgm. a.D. Ludwig Bieringer
LTPräs. a.D. Bgm. Hans Ferlitsch
Bgm. a.D. Reinhold Fiedler
Dir. a.D. Hofrat Dr. Hans Gargitter
Bgm. Valentin Andreas Happe
LR VPräs. a.D. Bgm. a.D. Fritz Knotzer
Präsident a.D. Bgm a.D. Anton Koczur †
LH a.D. Dr. Josef Krainer †
Präs. a.D. Abg. z. LT u. NR a.D. Bgm. a.D. Hermann Kröll †
Dir. a.D. Helmut Lackner
Landesgeschäftsführer a.D. Dr. Helmut Ludwig
Bgm. a.D. Erwin Mohr
HR Univ.-Prof. Dr. Hans Neuhofer
Bgm. a.D. Franz Ninaus
LTPräs. a.D. Bgm. a.D. Walter Prior
Präs.a.D. Bgm a.D. Günther Pumberger
Präs. a.D. Bgm a.D. Michael Racz
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm. a.D. Dipl.-Volkswirt Hubert Rauch †
Bgm. a.D. Vinzenz Rauscher
Präs. a.D. LTPräs. a.D. Bgm a.D. Mag. Franz Romeder
Präs. a.D. LAbg. a.D. Bgm a.D. Franz Rupp
Präs. a.D. Bgm. Ernst Schmid
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider
Bgm. a.D. Ökon.-Rat Hans Steiner
Präs. a.D. Bgm. Ferdinand Vouk
Präs. a.D. Bgm. a.D. Bernd Vögerle
Dir. a.D. Dr. Klaus Wenger
Präs. a.D. Bgm. a.D. Prof. Helmut Mödlhammer



Niederösterreichischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. KR Mag. Alfred Riedl (Präsident)
E-Mail: post@noegemeindebund.at
www.noegemeindebund.at

Verband sozialdem. Gemeindevertreter in NÖ
LAbg. Bgm. Rupert Dworak (Präsident)
E-Mail: office@gvvnoe.at
www.gvvnoe.at

Oberösterreichischer Gemeindebund
LAbg. Bgm. Johann Hingsamer (Präsident)
E-Mail: post@ooegemeindebund.at
www.ooegemeindebund.at

Salzburger Gemeindeverband
Bgm. Günther Mitterer (Präsident)
E-Mail: gemeindeverband@salzburg.at
www.gemeindeverband.salzburg.at

Vorarlberger Gemeindeverband
Bgm. Harald Köhlmeier (Präsident)
E-Mail: vbg.gemeindeverband@gemeindehaus.at
www.gemeindeverband.at

Burgenländischer Gemeindebund
Bgm. Leo Radakovits (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at
www.gemeindebund-burgenland.at

Verband sozialdem. Gemeindevertreter im Burgenland
Bgm. Erich Trummer (Präsident)
E-Mail: office@gvvbgld.at
www.gvvbgld.at

Tiroler Gemeindeverband
Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident)
E-Mail: tiroler@gemeindeverband-tirol.at
www.gemeindeverband-tirol.at

Kärntner Gemeindebund
Bgm. Peter Stauber (Präsident)
E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at
www.kaerntner-gemeindebund.at

Gemeindebund Steiermark
LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident)
E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at
www.gemeindebund.steiermark.at

Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit beziehen sich die gewählten neutralen Bezeichnungen, wie Bürger, Politiker etc., sowohl auf Männer als auch auf Frauen.

Impressum:

Herausgeber: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
ww.gemeindebund.at

Koordination und Redaktion: Daniel Kosak, Mag. Carina Rumpold, Sabrina Neubauer

Gestaltung: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Fotos: Gemeindebund/Carina Rumpold (Seite 2, 10, 36, 68, 78, 84)
Felicitas Matern (Seite 4,5)
Shutterstock (Seite 14,70, 72, 75)
Linnecker (Seite 20)
Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Conny Bischofberger, Andreas Haitzer (Seite 24, 48)
Jürg Christandl (26-34)
SONNENTOR (Seite 38, 42, 46)
TVB St. Veit - Schwarzach (Seite 52)
Matthias Cremer (Seite 54)
Unwired Networks (Seite 58)
Milestones Communication (Seite 62)
Event-fotograf.at (Seite 66)
Jacqueline Godany (Seite 82)

Quellen für Grafiken: Doppelseitige Grafik (Seite 60/61)
socialmediaradar.at, statista.com, A1 Social Impact Studie 2016, twitterlist.ots.at/Twitter

Grafiken und Illustrationen: Essence GmbH // 1060, Laimgrubengasse 14 // www.essence.at

Gemeindegrafik: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG (Seite 76 und 77)

Österreichgrafik: Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien (Seite 86 und 87)

KINDERBUCH ÜBER AUFGABEN DER GEMEINDEN

Das 10 x 10 Zentimeter große Kinderbuch, in dem die Aufgaben der Gemeinden beschrieben werden, geht schon die zweite Auflage!

Ideal für Kinder der 3. Schulstufe, in der oft auch die Gemeinde am Lehrplan steht. Eine perfekte Vorbereitung für den Besuch am Gemeindeamt oder bei dem/der Bürgermeister/in. Hund Franz führt durch die Geschichte und stellt den Kindern Verständnisfragen.

Bestellen Sie das Kinderbuch jedes Jahr für die Schüler/innen Ihrer Gemeinde zum Selbstkostenpreis von 0,70 Euro pro Stück

auf: www.gemeindebund.at/kinderbuch

Österreichischer Gemeindebund
1010 Wien · Löwelstraße 6
www.gemeindebund.at